

Christ und Sozialist

*Erika Adolphy/Udo Fleige/
Reinhard Gaede/Siegfried Katterle/
Klaus Kreppel/Annette Muhr-Nelson/
Bruno Schmidt-Späing*

Religiöse Sozialisten im Beruf

Hermann Daniel/Klaus Kreppel

Als Priester in der Kokerei

Buchbesprechungen aus Anlaß
der 40. Wiederkehr der Befreiung vom
Nationalsozialismus

Blätter des
Bundes der Religiösen Sozialisten
Deutschlands e. V.

2. Vierteljahr 1985

2/85

Inhalt

Religiöse Sozialisten im Beruf	1
<i>Reinhard Gaede</i> Thesen zum Thema »Pfarrer und Politik«	2
<i>Annette Muhr-Nelson</i> Ganzheitlich leben – in Beruf und Familie	4
<i>Siegfried Katterle</i> Enttäuschungen und Hoffnungen eines Hochschullehrers	6
<i>Klaus Kreppel</i> Mut zu mehr Solidarität am Arbeitsplatz Schule	8
<i>Erika Adolphy</i> Herrschaftsfreie Altenarbeit	11
<i>Bruno Schmidt-Späing</i> Konkrete Probleme anpacken	12
<i>Udo Fleige</i> Getrennte Bereiche	15
Diskussion	16
<i>Hermann Daniel/Klaus Kreppel</i> Als Priester in der Kokerei	24
Buchbesprechungen:	32
J.-E. Guthheil, Einer muß überleben (A. Pfeiffer). – U. Walberer, 10. Mai 1933 und K. Schöffling, Dort wo man Bücher verbrennt (U. Schmid). – H. Prolingheuer, Ausgetan aus dem Land der Lebendigen (Martina Ludwig). – M. Buber, Ein Land und zwei Völker (Hans Martin Dober). – D. Diner, Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser (M. Nelson). – R. Shehadeh, Aufzeichnungen aus einem Ghetto (M. Kühn-Ludewig). – H. Harder, Der deutsche Doktor von Moskau (A. Pfeiffer). – U. Linse, Barfüßige Propheten (A. Pfeiffer).	

Autoren dieses Heftes

letzte Umschlagseite

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Klaus Kreppel, Jürgen Finner, Dorothee Schäfer.

Redaktion: Erika Adolphy, Leopoldshöhe – Udo Fleige, Tübingen – Reinhard Gaede, Herford – Siegfried Katterle, Bielefeld – Klaus Kreppel, Bielefeld (verantwortlich) – Annette Muhr-Nelson, Dortmund – Bruno Schmidt, Essen.

Redaktionsadresse: Klaus Kreppel, Beuthener Str. 4, 4800 Bielefeld 17, Telefon 0521/33 54 54.

Versand: Jürgen Finner, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/100937. Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzüglich Versandkosten.

Zahlungen an Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., Postscheckkonto Dortmund 1 893 89-464.

Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344-435 X

BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V.

Redaktion "Christ und Sozialist"
c/o Dr. Klaus Kreppel
Beuthener Str. 4
4800 Bielefeld 17

Anfang 1985

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir übersenden Ihnen heute ein Probeheft der Zeitschrift "Christ und Sozialist". Sie erscheint vierteljährlich und wird vom "Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands" herausgegeben. Dieser Bund wurde bereits im Jahre 1926 gegründet und 1933 verboten, nach 1945 zunächst als "Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus" von Protestanten wie Georg Wünsch, Emil Fuchs und Arthur Rackwitz, von Katholiken wie Walter Rest, Ludwig Döderlein und Walter Dirks ins Leben gerufen, dann unter dem alten Namen fortgeführt, aber erst in den siebziger Jahren von der jüngeren Generation wiederentdeckt.

Der Bund der Religiösen Sozialisten möchte sich durch die prophetische Tradition des Judentums und durch die befreiende Botschaft Jesu von Nazaret, die es in jeder historischen Situation neu zu befragen gilt, inspirieren lassen, um Kritik und Veränderung an überflüssiger Herrschaft über Menschen zu ermöglichen. "Christ und Sozialist" versteht sich als Informationsschrift und Diskussionsorgan für Mitglieder und Nichtmitglieder, das historisch und aktuell

theologische, kulturpolitische und gesellschaftlich-
ökonomische Entwürfe für einen undogmatischen und
freiheitlichen Sozialismus vorstellt. Zuschriften in
Gestalt von Leserbriefen oder Artikeln sind jederzeit
willkommen und an obige Anschrift zu richten.

Bestellungen sind an die Versandadresse Jürgen Finner,
Jakob-Kaiser-Str. 4 a, 4800 Bielefeld 1, zu richten
(vgl. letzte Heftseite).

Eine Mitgliedschaft im Bund können Sie ebenfalls über
beide Anschriften beantragen.

Zunächst aber empfehlen wir Ihnen die Lektüre dieser
Ausgabe.

Mit freundlichen Grüßen

Die Redaktion

RELIGIÖSE SOZIALISTEN IM BERUF

Hat unser Anspruch als Religiöse Sozialisten irgendwelche Auswirkungen auf unseren Berufsalltag? Haben wir gelernt, unsere Vorstellungen, Utopien von Genossenschaftlichkeit und Herrschaftslosigkeit in unsere alltäglichen, routinierten kleinen Dinge umzusetzen oder haben wir die Parzellierung unseres gesellschaftlichen Lebens in Rollensegmente bereits derart verinnerlicht, daß wir auf unterschiedlichen Ebenen auch unterschiedlich handeln und uns möglicherweise nur als Freizeit-Sozialisten wiederfinden? Im folgenden Redaktionsgespräch, geführt am 13. April 1985 in Bielefeld, wollen wir, die Mitglieder der Redaktion, unsere Gedanken darüber austauschen und unsere Leser dazu anregen, Stellung zu nehmen und/oder eigene Erfahrungen zu schildern, die wir in "Christ und Sozialist" veröffentlichen werden.

Das Gespräch bietet auch die Gelegenheit, die Mitglieder der Redaktion einmal in ihren beruflichen Zusammenhängen kennenzulernen und darüber einige persönliche Gedanken zu erfahren.

Am Gespräch nahmen teil:

- Erika Adolphy (49) - leitet als Diplom-Pädagogin eine kirchliche Altentagesstätte;*
- Udo Fleige (35) - arbeitet als evangelischer Religionspädagoge;*
- Reinhard Gaede (42) - hat sich als evangelischer Pfarrer für den Gemeindedienst entschieden;*
- Siegfried Katterle (52) - lehrt als Professor für Wirtschaftspolitik an einer Universität;*
- Klaus Kreppel (41) - unterrichtet Schüler am Gymnasium und bildet als Fachleiter Religionslehrer aus;*
- Annette Muhr-Nelson (27) - wird zur Zeit am Predigerseminar und in einer Ruhrgebiets-Gemeinde zur evangelischen Pastorin ausgebildet;*
- Bruno Schmidt-Späing (34) - hat diese Zeit gerade hinter sich und seine erste Pfarrstelle in einer Essener Gemeinde angetreten.*

1. Das Thema "Pfarrer und Politik" ließ sich noch nie durch kirchliche Verbote bzw. Regeln lösen. Solche waren in der Vergangenheit oft von der Illusion sogenannter politischer Neutralität der Kirche geprägt. Eine Verbandsideologie ist blind für den Mißbrauch von Herrschaft bzw. hat christliches Zeugnis für Gerechtigkeit und Frieden behindert. In der Gegenwart sind Leitbilder von Gerechtigkeit und Frieden oft Teil moralischer Appelle. Konsequenzen für Strukturen der Gesellschaft, konkrete Rahmenbedingungen der Politik werden aber oft ausgeblendet bei kirchlichen Verlautbarungen. Der Spottvers der Weimarer Zeit: "Die Kirche ist politisch neutral - sie wählt deutsch-national" deutet auf eine bis heute gängige bewußte Taktik oder ein Verhaltensmuster: Das Neutralitätsargument wechselseitig mit der Option für eine konservative Politik zu verbinden.

2. Die bis heute gültige Erkenntnis der Religiösen Sozialisten war: Die Kirche ist als Institution Teil der Gesellschaft und wird von denselben Spannungen durchzogen wie diese. Im Raum der Kirche haben sich ethische Konfessionen gebildet, d.h. dogmatische Gegensätze, konfessionelle Grenzen werden überlagert durch eine neue Aufteilung, die sich über die Frage des Handelns ergibt. Die Themen Frieden und Abrüstung, Wirtschaft und gerechte Wirtschaftsordnung, Dritte Welt und Industriestaaten, gerechte Weltwirtschaftsordnung wirken als Testfragen für die Herausbildung von ethischen Konfessionen. Ökumenisch gesinnte und national-konservativ gesinnte Christen stehen sich gegenüber, Christliche Friedensbewegung, Religiöse Sozialisten stehen gegen militär-kirchliche, konservativ-kirchliche Gruppen.

3. Entsprechend zerspalten findet der Pfarrer seine Ortsgemeinde. Er entdeckt: Viele fehlen in seinem Gottesdienst, die aber auf Friedensdemonstrationen zu finden sind. Unter seinen Predigthörern wird sicher ein Teil von ihm überhaupt kein Wort zum Thema "Abrüstung jetzt" erwarten oder nur die staatstreue Version.

4. Eine Hilfe für Entscheidung und Handeln ist ihm sicher eine Unterscheidung seiner Funktionen. Als Vorsitzender des Presbyteriums, das die Gemeinde in ihren unterschiedlichsten Strömungen repräsentieren sollte, ist der Pfarrer an die demokratische Meinungsbildung gebunden. Als Prediger soll er Zuspruch und Anspruch des Wortes Gottes verkündigen. Als Unterrichtender soll er Jugendliche auf ihrem Weg des Christseins heute begleiten.

Als Seelsorger soll er ratlose Menschen annehmen, ihnen helfen, ihren eigenen Weg als Christen zu finden. Entsprechend der Lehre vom Priestertum aller Gläubigen wird er sich nicht als Vormund der übrigen Christen aufspielen. Erst recht ist er nicht "Diktator" oder "Manipulator", als der mancher in der Friedensbewegung stehende Pfarrer hingestellt wurde, als plötzlich von der Kanzel bisher ungewohnte Töne kamen. Sein Leiten, Predigen, Lehren und Raten begreift er als dienende Funktion, die anderen Christen helfen soll, selbstverantwortlich vor Gott und den Menschen zu glauben und zu handeln. So gesehen wird er sich für das Rederecht sowohl eines Soldaten als auch eines Pazifisten, eines Kapitalisten als auch eines Sozialisten einsetzen, gerade dann aber mit seiner eigenen Meinung und Gewissensentscheidung nicht hinterm Berg halten. Und schließlich kann er gleichberechtigt mit übrigen Staatsbürgern sich politisch äußern und wie übrige Christen im Bund der Religiösen Sozialisten mitarbeiten.

5. Ein religiös-sozialistischer Pfarrer wird in Predigt, Unterricht und Seelsorge bezeugen, daß die Herrschaft Gottes gerade dort ausgerufen werden muß, wo Geld, Gold, Besitz, das Kapital die Welt regieren, als Götzen die Menschen versklaven. Er wird immer wieder dem konservativen Verbot "Keine Politik in der Kirche" widersprechen und betonen, daß Gottes Gebote des Friedens, der Gerechtigkeit und der Liebe im Raum der Welt und Gesellschaft bezeugt, die Strukturen des Systems im Sinne dieser Gebote verändert werden müssen.

6. Chance und Belastung sind für religiös-sozialistische Pfarrer die persönlichen Beziehungen zu allen Gemeindegliedern. Einige Beispiele: Der Pfarrer, der Mitglieder der Friedensinitiative in seiner Wohnung tagen läßt, ist derselbe, der ebenfalls mit dem Ortsvorstand der CDU im Kreis der Presbyter spricht. Der Pfarrer, der von unbekanntem CDU-Mitgliedern mit einer Kampagne wegen seiner Haltung in der Friedensfrage überzogen wird, kann die Unterstützung der Jusos und der Friedensinitiative beim Verteilen seiner Antwort erleben. Der Pfarrer, der in der Predigt das Wetrüsten einschließlich der atomaren Aufrüstung im eigenen Land verurteilt als Ungehorsam gegen Gott den Schöpfer und Christus den Versöhner, ist der, der in das Haus des ehemaligen Ortsgruppenleiters der NSDAP zum Geburtstagsbesuch geht. Der Pfarrer, der wegen Mitarbeit bei "Christ und Sozialist" von einem konservativen Gemeindeglied beim Superintendenten angeklagt wird, kann dem Sohn eben dieses Mannes helfen, seine Rechte als Kriegsdienstverweigerer wahrzunehmen. Daß Gott die Sünde verurteilt, aber den

Sünder liebt, muß in der persönlichen Begegnung sichtbar werden. "Wer mit den Leuten lebt, darf auch wagen, eine eigene Meinung zu haben", sagte ein älterer Freund unter meinen Kollegen. Und wie wahr ist der Ausspruch eines Superintendenten aus den 20er Jahren: "Die Wahrheit wird in Fortsetzungen geboten." So lange jedenfalls, wie Gott dem dürr scheinenden Feigenbaum noch ein Jahr gibt, doch noch grün zu werden und Früchte zu bringen.

Annette Muhr-Nelson: GANZHEITLICH LEBEN - IN BERUF
UND FAMILIE

Mein Bekenntnis zum Religiösen Sozialismus äußert sich nicht nur in der verbalen und - wo immer möglich - tatkräftigen Unterstützung von Bestrebungen und Aktionen für eine gerechte und friedliche Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung im Sinne eines am Menschen orientierten Sozialismus, sondern es bestimmt auch entscheidend meine persönlichen Lebens- und Arbeitsumstände.

Als Religiöse Sozialistin zu leben bedeutet für mich, ganzheitlich zu leben. Der Begriff der Ganzheitlichkeit schließt dabei sowohl die Weltperspektive als auch die ökologische Dimension ein, meint aber hier in erster Linie die Gleichwertigkeit von Kopf- und Handarbeit, die Gleichgewichtung von Beruf und Freizeit, die gleichmäßige Verteilung von Kindererziehung, Hausarbeit und Erwerbsarbeit unter die Familienangehörigen. In unserer heutigen Gesellschaft, der die Arbeit ausgeht, muß neben einer gleichmäßigen Verteilung der Erwerbsarbeit und deren Humanisierung eine Neuentdeckung und Aufwertung der Arbeit im familiären, nachbarschaftlichen, sozialen und kommunalen Umfeld angestrebt werden. Der Marxschen Vision nicht-entfremdeter Arbeit entspräche dabei ein Tageslauf des einzelnen, der Erwerbsarbeit, Erziehungs- und Hausarbeit, sowie Betätigung im sozialen Umfeld, Engagement für gesellschaftliche Belange und Zeit für persönliche Neigungen gleichwertig in sich vereint. Dies müßte für Mann und Frau gleichermaßen gelten.

Als Vikarin bereitete ich mich zur Zeit auf einen Beruf vor, in dem die Trennung von Beruf und Privatleben traditionsweise so gut wie unmöglich ist. Selbstbestimmte und nicht-entfremdete Arbeit läßt sich im Vergleich zur abhängigen Lohnarbeit im Pfarramt leicht verwirklichen, obwohl die soziale Kontrolle und der volksskirchlich bedingte Erwartungsdruck an die Rolle des Pfarrers/der Pfarrerin groß ist. Das Problem im Pfarramt ist trotz

der äußeren Anforderungen aber wohl nicht das der Entfremdung von Arbeit (Arbeit ist hier im weitesten Sinne gefaßt), als vielmehr das von partnerschaftlicher Zusammenarbeit und Delegation von Aufgaben und Verantwortung.

Ich bin Mutter einer 2 1/2 jährigen Tochter. Mein Mann ist berufstätig. Als Studienreferendar ist er wie ich noch in der Ausbildung. Bei vielen meiner Kollegen mit Kindern beobachte ich eine klare Zweiteilung der Arbeitsbereiche: Die Frauen sind zu Hause, verzichten auf ihre Aus- oder Weiterbildung und entbinden ihre Männer von jeglicher familiären Verpflichtung, so daß diese ganz und gar der Gemeinde zur Verfügung stehen können.

Die Struktur des Pfarramts und auch die des Vikariats ist noch immer so angelegt, daß sie vom Ehepartner/der Ehepartnerin des Pfarrers bzw. der Pfarrerin die Zurücknahme oder zumindest die Einschränkung der eigenen beruflichen Interessen fordert. Mein Mann will keine "Pfarrfrau" werden. Ich habe mich genauso um Kind, Ehe und Haushalt zu kümmern wie er. Das führt teilweise zu einer starken Belastung. Aber ich sehe das nicht als mein persönliches Problem als Frau im Pfarramt an, sondern als grundsätzliche Anfrage an die Menschlichkeit und Familienfreundlichkeit des Pfarramtes und der Kirche, die unumstößlich an einer unzeitgemäßen Amtsideologie festhält.

Aus der Einsicht heraus, daß ich meinen beruflichen Werdegang nicht auf der Ausnutzung und Ausbeutung und unter Einschränkung der selbständigen Entwicklung meines Mannes aufbauen darf, kämpfe ich für ein humaneres Pfarramt, daß mehr Raum läßt für die privaten Belange des Pfarrers/der Pfarrerin. Es soll ein ganzheitliches Amt sein, insofern als es ein der jeweiligen familiären Situation angepaßtes Leben des Pfarrers/der Pfarrerin zuläßt. Dazu gehört auch, daß es durch eine stärkere Mitverantwortung anderer nicht-ordinierter Mitarbeiter(innen) die Vorrangstellung des Pfarrstelleninhabers/der Pfarrstelleninhaberin aufhebt.

Wenn sich nicht langfristig eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung und eine Umverteilung von Arbeit und Einkommen in allen Bereichen durchsetzt, werden wir zu einer neuen Zwei-Klassen-Gesellschaft, die in die Gruppe derjenigen, die Arbeit haben, und derjenigen, die ohne Erwerbsarbeit sind, zerfällt. Diese neue Klassengesellschaft muß verhindert werden, und das bedeutet auch, daß Frauen ebenso wie Männer das Recht auf einen bezahlten

Arbeitsplatz haben. Darum streben wir beide eine Arbeitsstelle in unserem Beruf an. Und wir kämpfen dabei um eine Veränderung der Arbeitsbedingungen, so daß wir gemeinsam für unseren Lebensunterhalt arbeiten und auch gemeinsam für Kind(er) und Haushalt verantwortlich sind. Wir streben beide jeweils eine halbe Stelle an, weil wir so genug Geld verdienen und dann versuchen könnten, unsere Vision von ganzheitlichem Leben und Arbeiten zu verwirklichen. Grundsätzlich aber lehnen wir eine Teilung von Arbeitsstellen und eine Klassifizierung in ganze und halbe Stellen ab und treten für eine allgemeine gesamtgesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung und einen Ausbau der Stellen im kirchlichen, sozialen und Bildungsbereich an.

Siegfried Katterle: ENTÄUSCHUNGEN UND HOFFNUNGEN
EINES HOCHSCHULLEHRERS

Wer eine Umsetzung seines religiös-sozialistischen Selbstverständnisses im Berufsleben anstrebt, wird heute vielfach Enttäuschungen und Niederlagen erleben; Erfolgserlebnisse sind selten und nur wenige Hoffnungszeichen sind auszumachen. Der Sozialismus steht nicht auf der Tagesordnung der Geschichte, und Fortschritte, die in der Vergangenheit durch sozialstaatliche Reformen zu einem Zustand besserer Gerechtigkeit getan worden sind, werden heute zurückgenommen und umgekehrt.

Ich möchte zunächst über meine *Enttäuschungen* sprechen.

1. Ich lehre in einem Studiengang, der im Grundstudium in rigider Weise reguliert und in einem Ausmaß mit studienbegleitenden Prüfungen belastet ist, das die Studierenden zu einem Lernverhalten veranlaßt, das wenig effizient ist und die Entfaltung eigener Interessen und intellektueller Neugier hindert. Dazu kommt eine von Jahr zu Jahr fortschreitende Verschlechterung der Lehrer-Schüler-Relation, die bis ans Ende meines Berufslebens anhalten wird, weil an den Hochschulen keine zusätzlichen Stellen für wissenschaftliches Personal geschaffen werden. Meine Arbeitsbedingungen werden dadurch in gleicher Weise ungünstiger wie die Studienbedingungen der Studenten. Die zwischenmenschlichen Beziehungen in diesen rigiden und überlasteten Strukturen verkümmern und erkalten.

2. In besonderer Weise enttäuscht und belastet hat mich der Rückschlag demokratischer und sozialstaatlicher Reformbestrebungen, die mit Inhalten meiner beruflichen

Arbeit unmittelbar verbunden sind:

- Der Versuch, die paritätische Mitbestimmung in den Großunternehmen einzuführen, wurde von den Kapitalinteressen in Politik und Wirtschaft abgewehrt, und im Montanbereich, in dem diese Mitbestimmung seit den Nachkriegsjahren besteht, wird sie durch organisatorische Umgliederung der Unternehmen mehr und mehr unterlaufen.
- Analoge Bestrebungen, die Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen gruppenparitätisch zu besetzen, wurden ebenso abgeblockt und umgebogen. So wie in den Unternehmen nichts gegen die Vertreter der Kapitalinteressen laufen kann, läuft in den Hochschulen nichts gegen die Interessen der Hochschullehrer.
- Die Verantwortung der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik für einen hohen Beschäftigungsstand und für die soziale Sicherung Arbeitsloser wurde in einem Ausmaß abgebaut, das ich nicht für möglich und politisch durchsetzbar gehalten habe. Die Standards für das, was an Arbeitslosigkeit und Armut als "normal" hingenommen wird, werden politisch undefiniert. Arbeitslosigkeit und Verarmung von Minderheiten werden in zunehmendem Maß von der Mehrheit der Gesellschaft hingenommen. Wir sind Zeugen einer sich vertiefenden Spaltung und Entsolidarisierung der Gesellschaft durch Ausgrenzung sozial schwacher Minderheiten. Diese Entwicklung hat mich in den letzten Jahren wiederholt in anhaltend depressive Gemütslagen gestürzt und mich am Sinn eigener Anstrengungen zweifeln lassen.

Den enttäuschenden Entwicklungen stehen Erlebnisse entgegen, die *Hoffnung motivieren*, weil sie ein Gelingen bei dem Bestreben signalisieren, religiös-sozialistisches Selbstverständnis in beruflicher Tätigkeit umzusetzen.

1. In meinen Lehrveranstaltungen kann ich auf ökonomische Alternativen zur herrschenden Ideologie und Wirtschaftspolitik eingehen (sozialstaatlicher Interventionismus, ökonomische Reformen zum Abbau kapitalistischer Strukturen), die von der herrschenden Lehre nicht beachtet oder vorschnell abgetan werden. Ich kann Studenten mit meiner Kritik an der neoliberalen Gegenrevolution gegen den Sozialstaat vertraut machen und kann ihnen Argumente vermitteln, die für ordnungspolitische Reformen kapitalistischer Gesellschaftssysteme sprechen. Umgekehrt begegne ich immer wieder Studenten, die erfreuliche wissenschaftliche Fähigkeiten mit einem ausgeprägten gesellschaftlichen Problembewußtsein verbinden. Die Exa-

mensarbeiten solcher Studenten, die ich zu betreuen und zu bewerten habe, zeigen eine Fähigkeit zur Problematierung unserer ökonomischen Institutionen und des herkömmlichen Wachstumstyps und zur sachgerechten und engagierten Erörterung reformistischer Alternativen, die mich erfreuen und ermutigen.

2. Ich habe den Arbeitskampf um Arbeitszeit im letzten Jahr als einen militanten Ausdruck gewerkschaftlicher Bereitschaft zur Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen erlebt. Ich habe mich selbst in diesem Konflikt mit den an Arbeitgeberinteressen orientierten Argumenten meiner Profession engagiert auseinandergesetzt. Wenngleich der Arbeitskampf mit einem kaum befriedigenden Kompromiß beendet werden mußte, wurde doch das Tabu der Arbeitgeberverbände gebrochen und der Weg beschritten, durch Arbeitszeitverkürzung für alle die Wiedereingliederungschancen derjenigen zu verbessern, die durch Arbeitszeitverkürzung in der Form personalpolitischer Auslese der Arbeitgeber arbeitslos geworden sind. Diese Entwicklung läßt mich hoffen, daß in unserem Land eine Bewegung an Kraft gewinnt, die sich der Spaltung der Gesellschaft durch Massenarbeitslosigkeit und verbreitete Angst um den Arbeitsplatz und dem Rückschritt zu überwunden geglaubten Formen des Kapitalismus kämpferisch entgegenstellt.

Klaus Kreppel: MUT ZU MEHR SOLIDARITÄT AM ARBEITSPLATZ SCHULE

Meine berufliche Identität als Religiöser Sozialist könnte ich zunächst idealtypisch beschreiben. Da käme eine Menge an utopischen Erwartungen heraus, wie ich sie mir in einer emanzipatorischen Pädagogik angelesen habe.

1. Besser ist es aber, die Ansprüche an der Realität eigener Praxis zu messen. Und da habe ich in den Rückmeldungen meiner Schüler schon einige Erfahrungen machen müssen. Im Jahre 1981 schrieben Schüler über mich in der Schülerzeitung, ich sei ein "ängstlicher SoWi-Lehrer", dessen Stil der Konjunktiv und dessen Ziel der Kompromiß sei. Aus "Furcht, bloß nichts Eindeutiges zu sagen", feilte ich jede Aussage zu einem "wertfreien Ergebnis" zurecht ... Nun, ich habe mich mit diesem Vorwurf lange auseinandergesetzt und bin dennoch zu dem Schluß gekommen, daß mein "kompromißlerisches" Verhalten richtig war: ich halte mich weiterhin zurück, wenn

es um "eindeutige" Aussagen im Politik-Unterricht geht, werde diese auch nicht selbst formulieren, sondern den Schülern überlassen; denn als Lehrer bin ich nicht Vordenker und Indoktrinierer, sondern allenfalls Anreger - aber diese Aufgabe nehme ich seit dem öffentlichen Vorwurf in der Schülerzeitung wesentlich bewußter wahr. Meine Fragen sind gezielter, meine Hinterfragungen angeblich eindeutiger Schülersaussagen schärfer, meine eigenen Meinungskundgaben zwar pointierter, aber auch als vorläufige und damit hinterfragbare gekennzeichnet. Dies bezieht sich auf Oberstufenschüler, die nach dem Lehrplan zu kritischer Auseinandersetzung befähigt werden sollen. Und wenn dieser kritischen Auseinandersetzung politische oder ethische Entscheidungen folgen, dann versage ich auch nicht meinen Rat. Seit Jahren stehe ich Schülern als Berater oder gar Beistand in ihrem Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer zur Verfügung.

Bei den jüngeren und kleineren Schülern, die der Autorität der Lehreraussage noch gläubig vertrauen, sieht es wieder anders aus. Hier muß ich mich vor eindeutigen Meinungskundgebungen, die über die sachliche Klärung hinausgehen, hüten. Richtungsweisende Vorentscheidungen werden ohnehin schon durch die Materialauswahl gefällt. Wertneutral im Sinne bakteriologisch immuner Wertfreiheit habe ich noch nie unterrichtet. Ich weigere mich als Lehrer, bloß ergebnisorientiert zu arbeiten. Die Orientierung an ideologiekritischen Verfahren und sozialen Lernzielen ist doch gerade ein Erfolg der Sozialwissenschaften.

Ähnlich verfare ich in meinem Fach katholische Religionslehre. Ich verstehe dieses Fach nicht als Vermittlungsinstanz katechetischen Endverbraucher-Wissens, sondern als Aufforderung an die Schüler, sich mit Jesu Botschaft vom Reich Gottes und seinen geschichtlichen Vorboten auseinanderzusetzen. Daß diese Vorboten nur zeichenhaft begriffen werden und mit den "letzten Dingen" nicht verwechselt werden können, habe ich von den Religiösen Sozialisten gelernt.

2. Nun bin ich doch ins Idealisieren hineingeraten, was mir aber in meiner Rolle als Fachleiter und Lehrerausbilder tagtäglich wieder ausgetrieben wird. Denn hier muß ich ständig unter Beweis stellen, meinen Ansprüchen gerecht zu werden, in den kleinen Dingen. Im Markus-Evangelium hören wir, daß wir die Systeme der Herrschaft und Unterdrückung, der kultivierten Machtausübung und auch des subjektiven Spürenlassens struktureller Macht-

vorsprünge gegenüber Nachgeordneten und Nachgeborenen nicht übernehmen sollen: "Bei Euch soll es nicht so sein!" (Markus 10,43). Gegenüber meinen Referendaren übe ich strukturelle Herrschaft aus, die ich zwar generell nicht aufheben kann: durch begründete Sachkritik und menschlichen Umgang - das ist einfach gesagt und im Detail, in den "kleinen Dingen", manchmal schwer: wie oft erlebe oder höre ich von Kollegen, wie sie sich durch Fehler anderer profilieren möchten (und - ehrlich gesagt: ertappe ich mich immer wieder rechtzeitig bei ähnlichen Versuchungen!).

3. So lange es keinen Numerus Clausus und keine Arbeitslosigkeit gab, habe ich mich in meinem Doppelberuf als Lehrer und Fachleiter subjektiv wohlgeföhlt. Ein hoher Grad an organisatorischer Selbstbestimmung und inhaltlicher Selbstverwirklichung in Schule und Seminar, in denen das Marx'sche Postulat von der Aufhebung der Entfremdung teilweise eingelöst werden konnte, keine Trennung von Arbeit und Freizeit, weil Bücherlesen zu beidem gehört, weil die Arbeit Freude macht und Arbeitszusammenhänge (Treffen mit Schülern, Referendaren und Kollegen) auch einen Teil der Freizeit prägen. Der gesamte Berufsalltag wird durch Umgang mit Menschen und Theorien und ihrer gegenseitigen Durchdringung geprägt. Könnte hier nicht ein Stück "befreiter Gesellschaft" antizipiert werden? Als Sozialist habe ich immer gehofft, daß der "qualitative Sprung" von diesem subjektiven Freiheitsgefühl auf eine objektive Ebene zu leisten wäre, was sich als Täuschung erwies, je mehr auf dieser objektiven Ebene Zugangsschwierigkeiten, ja totale Zugangsblockaden zum Lehrerberuf auftauchten. Als Lehrer stehe ich zwar noch in einem kollektiven Verblendungszusammenhang, den die Schüler mit ihrem Glauben, daß der Tüchtigere und der besser Qualifizierte noch eine Chance habe, bestätigen. Als Fachleiter wird mir dieser kollektive Schleier weggenommen durch das konkrete Wissen um die totale Hoffnungslosigkeit, einen späteren Arbeitsplatz in der Schule zu erhalten.

4. Ich produziere in einer kapitalistisch geprägten ~~Ausgrenz~~gesellschaft Kapazitäten auf Halde, die durch eine künstliche Verknappungspolitik geschaffen wird - wobei der Begriff "Halde" noch die Illusion späterer Verwertbarkeit suggeriert: der Bauer, der Milch-Ozeane und Butterberge herstellt, erfährt wenigstens noch, daß sie zu Weihnachten billiger - aber immerhin - abgesetzt werden. Ich weiß, daß bis Anfang oder Mitte der 90er Jahre kaum ein Referendar seine Ausbildung als Lehrer

fruchtbringend umsetzen kann; das bedeutet, daß fünf Referendargenerationen zu Schrott verschaukelt werden! Als Religiöser Sozialist kann ich die Sinnlosigkeit meines Tuns nicht verschweigen und muß fordern, daß dieser Art von Vergeudungspolitik ganzer Generationen mit wissenschaftlichen, pädagogischen und psychischen Energien endlich ein Ende gesetzt wird. Als Religiöser Sozialist habe ich aber auch die Hoffnung, daß es einen Solidarpakt gibt, zwischen denen, die drinnen und denen, die draußen sind, und sich die Bereitschaft zu teilen durchsetzt. Mut macht mir die Tatsache, daß es viele Lehrer gibt, die ihre Planstellen teilen wollen und daß noch Teile der jetzigen Referendare nicht resignieren, sondern sich bestärken in der Solidarität, zunächst untereinander. Das macht mir selber Mut zu Mit-Solidarisierung durch Unterschriftenaktionen bis zur Inkaufnahme begrenzter Regelverletzungen "in den kleinen Dingen".

Erika Adolphy: HERRSCHAFTSFREIE ALTENARBEIT

Im Rahmen meiner Tätigkeit komme ich mit vielen Menschen zusammen, die entweder haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter(innen) oder Benutzer(innen) der Altentagesstätte sind, für deren Funktionieren ich verantwortlich bin. Im Umgang mit ihnen versuche ich, meine Vorstellung von herrschaftsfreiem Miteinanderleben zu verwirklichen. Das ist nicht immer konfliktfrei. Gerade die ältere und alte Generation ist häufig von lebensgeschichtlichen Erfahrungen des Gehorsams, der Anpassung geformt. Viele haben sich persönliche Wünsche ein Leben lang versagt, versagen müssen und reagieren diese Unterdrückung ihrer Bedürfnisse nun im Alter durch ein Anspruchs- und Konsumverhalten ab, das die Toleranz der Mitarbeiter(innen) und auch meine manchmal arg fordert.

Auf der anderen Seite ist es gerade das Wissen um die Lebensläufe und die heutige Situation der alten Menschen, die mich parteilich sein läßt. Viele von ihnen gehören, was ihre materielle, gesundheitliche und intellektuelle Versorgung betrifft, zu den Randgruppen unserer die Jugend idealisierenden Gesellschaft. Sie haben ein Recht darauf, daß ihre Bedürfnisse nach Anregung, Unterhaltung, Zuspruch befriedigt werden. Sie haben einen Anspruch auf unsere, auf meine Hilfe bei der Bewältigung ihrer Probleme. Eine Gemeinschaft muß sich daran messen lassen, wie sie ihre Alten behandelt, und da kommen wir nicht immer gut weg.

Ich glaube, daß eine religiös-sozialistische Forderung sein muß, die Alten nicht aus der Gemeinschaft der anderen Menschen zu entfernen, sie in Heime, in spezielle Wohnviertel zu verbannen. Wenn gesellschaftlich notwendige Arbeit und frei verfügbare Zeit gleichwertig - was nicht gleich lang heißen muß - sein sollen, dann darf der Mensch auch nicht zwangsweise von einem bestimmten Lebensalter an abgestempelt werden als gesellschaftlich nicht mehr notwendig.

Diese übliche Praxis führt bei den Betroffenen zu einem Sichweigern, wenn es um die Auseinandersetzung mit aktuellen und/oder zukunftsweisenden Themen geht. Mit der Entwicklung einer Gesellschaft, die sie ausgrenzt, brauchen sie sich nicht mehr zu befassen. Sie verschließen sich der Tatsache, daß sie sehr wohl die Entwicklung beeinflussen: durch ihr Konsumverhalten, durch Wahlen etc.

Ich will nicht verheimlichen, daß gerade diese Tatsache mich meine Situation oft als schizophren empfinden läßt: Mein außerberufliches Engagement führt mir vor Augen, daß unsere Gesellschaft auf vielen Ebenen auf eine Katastrophe zutreibt. Da fällt es mir schwer, mit dem Wissen zu leben, daß ich in meinem Alltag - als Pädagogin - nur wenig tun kann. In diesem Zusammenhang ist die Bielefelder Gruppe der Religiösen Sozialisten für mich wichtig; das Gespräch dort hat mir schon häufig Mut zum Weitermachen gegeben.

Bruno Späing: KONKRETE PROBLEME ANPACKEN

Ich war zunächst zwei Jahre in Mettmann bei Düsseldorf als Hilfsprediger; dies ist ein Probedienst, den man als Pfarrer vor seiner endgültig ersten Pfarrstelle ausübt. Und in diesem Probedienst habe ich die Erfahrung gemacht: eindeutig religiös-sozialistische Positionen - auch dann, wenn sie nicht aggressiv vertreten werden - empfindet die Gemeinde als eine unerträgliche Zumutung. Ich bin also zwei Jahre dort gewesen und am Ende dieser Zeit von dem Presbyterium - das ist der Kirchenvorstand der Gemeinde - nicht gewählt worden unter ausdrücklichem Hinweis auf meine Arbeit in der Friedensbewegung. Meine Verkündigung und meine sonstigen Aktivitäten bedeuten für sie, für die Gemeinde eine Gefahr der Irreführung und der Wegführung von der christlichen Tradition. Das war für mich eine Enttäuschung insofern, als ich gerade in dieser Gemeinde viele Leute

kennenlernte, die Christsein ernst nehmen, denen ich zubillige, daß sie nicht oberflächlich oder in einem billigen volkskirchlichen Sinn Kirchenmitglieder sind, sondern die wirklich versuchen, Christsein heute zu leben und das auch sehr konsequent im privaten Bereich tun. Enttäuscht war ich, daß gerade diese Leute mich ablehnten.

Und andere Leute, die wieder in der Friedensbewegung aktiv sind, zum Teil mit Kirche gar nicht viel zu tun haben, haben mich unterstützt. Ich habe diese Kluft in dieser Gemeinde so erlebt. Das war für mich eine Enttäuschung, weil ich gerade von denen erwarte, die in der Kirche drin sind, daß sie jemanden, der sich auf die Bibel und besonders auf die Bergpredigt bezieht, ernst nehmen auch dort, wo sie ihm nicht immer folgen können, zubilligen, daß er in einer Pfarrerschaft von sechs Leuten als sechster eine andere Meinung vertreten darf als die anderen fünf. Ich glaube, daß meine Erfahrung in Mettmann typisch ist für viele Dorf- und Kleinstadtgemeinden. Mettmann ist eine Kleinstadt. Ich denke, daß sehr viele Pastoren so ähnliche Probleme haben wie ich.

Ich bin jetzt in der Vorstadtgemeinde im Essener Süden, wo ich diese Probleme gar nicht kenne, weil die Leute eher gleichgültig sind. Wo ich mir Provokationen leisten kann und die Leute gar nicht merken, daß es Provokationen sind. Oder sie kommen überhaupt nicht in die Kirche, beteiligen sich nicht an Arbeitskreisen, die man sonst während der Woche anbietet. So daß das, was man eigentlich sagen möchte, die Leute gar nicht erreicht, weil man sie nicht zu Gesicht bekommt.

Reinhard Gaede:

Ich habe auch vieles gehört, was in dieselbe Richtung weist. Daß besonders diejenigen Pastoren es schwer haben, die noch nicht gewählt sind, eben die Spannungen auszuhalten, die mit dem Thema "Pfarrer und Politik" verbunden sind. Besonders in Gemeinden, in denen konservative und progressive Pfarrer tätig sind, wird die Polarisierung zwangsläufig anwachsen. Während ein Pfarrer in einer Einzelpfarrstelle es da gewissermaßen leichter hat, da wenigstens auch die ihn als Person annehmen, die sonst in politischen Fragen anderer Meinung sind als er. Das versuchte ich auch anzudeuten: durch persönliche Beziehungen hat man oft die Chance, wenigstens toleriert zu werden.

Bruno Schmidt-Späing:

Ich habe bei mir selber eine Konsequenz festgestellt, die unbewußt geschehen ist, nämlich daß ich im Laufe dieser Zeit vorsichtiger geworden bin und ein bißchen zum Taktieren neige, daß ich mir jetzt vorher genau überlege, wie kommt das an, was ich sage. Und dann stelle ich nachher fest: viel hast du ja nicht mehr gesagt. Das wird niemand mehr verletzen, aber es wird auch nicht motivieren, es läßt die Leute in Ruhe. Du kannst dir dann noch ein gutes Gewissen damit schaffen, weil du ja grundsätzlich was richtiges gemeint hast, aber die Leute können damit auch ganz andere Positionen verbinden.

Vielleicht ist es schwierig, als Pfarrer in der Kirche prononciert seine Meinung zu sagen, weil man ja selber quasi in einem autoritären Beruf steckt. Im Gottesdienst hat man Rederecht, die anderen haben's nicht, und man darf dort seine Meinung sagen, seine Auslegung des Wortes Gottes. Die anderen dürfen dann ihre Kritik auch sagen, aber erst, wenn es 11 Uhr ist und der Gottesdienst vorbei ist. Das ist die Gefahr, die Schwierigkeit, die ja gerade auch vorhin schon bei Klaus im pädagogischen Beruf aufgetaucht ist.

Ich empfinde religiös-sozialistische Probleme, d.h. Humanisierung der Gesellschaft, Abbau von Herrschaft, all diese Dinge empfinde ich am leichtesten anzusprechen in der Gemeinde, wenn sie mit ganz konkreten Erfahrungen oder Projekten verbünden werden. Wir haben jetzt zum Beispiel in der Gemeinde eine Initiative, daß wir arbeitslose Jugendliche für ein 3/4 Jahr bei uns in der Gemeinde beschäftigen. Wir bekommen dazu im Rahmen von Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen Gelder von der Stadt und von der Landeskirche und können nun anhand dieses Projektes über die Arbeitslosigkeit reden, woher sie kommt und was man tun könnte, damit sich das wieder ändert. Wir haben beschlossen, ein Projekt in Nicaragua zu unterstützen, nämlich ein Lehrlingsheim nahe der Grenze zu Costa Rica, und können nun anhand dieses Projektes über Nicaragua reden. Es gibt in unserer Gemeinde auch gerade verschiedene Meinungen zu Nicaragua. Als Drittes fällt mir noch ein: wir haben in einem Monat hier in Nordrhein-Westfalen Landtagswahl. Wir können anhand dieser Wahl konkrete Probleme des Umweltschutzes diskutieren. Ob zum Beispiel eine Autobahn von Dortmund nach Düsseldorf weiter ausgebaut werden soll, die mitten durch unsere Gemeinde gehen würde. Ich empfinde es als schwierig, allgemein Sozialismus oder ökonomische Fra-

gen irgendwo auf die Tagesordnung zu setzen. Das würde, glaube ich, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nur stabilisieren. Man könnte da sehr viel schwieriger darüber reden. Anhand von konkreten Projekten, wie ich sie genannt habe, ist das eher möglich.

Udo Fleige: GETRENNTE BEREICHE

Also eigentlich, wenn es heißt: Religiöser Sozialist und Beruf, dann hat das meiner Meinung nach erst mal überhaupt nichts miteinander zu tun - für mich als Lehrer und Beamter, weil ich bestimmte Sachen vertreten muß, und da kommt zwar Religion vor, aber Sozialismus nicht und darf auch nicht vorkommen. Andernfalls wäre ich meinen Beruf wahrscheinlich ziemlich schnell los. In Baden-Württemberg, ja, und hier in NRW wahrscheinlich auch, sofern der Sozialismus nicht Sozialdemokratie heißt. Die gängige Vorstellung ist doch: Wenn ich Schuhmacher bin und stelle Schuhe her und bin Sozialist, dann mache ich auch keine sozialistischen Schuhe. Und wenn ich Lehrer bin und unterrichte ein Fach, dann hat das zunächst nichts mit Sozialismus zu tun.

Auf der anderen Seite wirkt es sich doch irgendwie auf die Berufsrolle aus. Ein Beispiel: Ich arbeite in verschiedenen Friedensgruppen mit. Im Auftrag einer dieser Friedensgruppen habe ich als Privatperson bei einer anderen Schule ein Plakat abgeliefert, das zu einem Theaterstück mit dem Titel "Wehrzeitverlängerung, nicht mit uns" einlud. Ich habe das dort im Sekretariat abgegeben mit der Bitte um Aushang. Es blieb dann dem Rektor dieser Berufsschule überlassen, ob er das genehmigt. Ich bin eigentlich davon ausgegangen, daß er das nicht genehmigt, eventuell darüber nachdenkt und mich dann anruft. Der hat es dann aber gleich ans Oberschulamt, also an meine vorgesetzte Dienstbehörde, gegeben. Das Oberschulamt hat die Sache dann an meinen Schulleiter zurückgegeben mit der Aufforderung um schriftliche Stellungnahme. Nachdem der Präsident des Oberschulamtes meine Stellungnahme dann gelesen hatte und nicht damit zufrieden war, wurde ich zusätzlich zu einer mündlichen Anhörung ins Oberschulamt geladen. Also, obwohl ich etwas als Privatperson gemacht hatte, wurde es "dienstlich" bewertet und schlug dann gleich durch in die Schule. Hilfreich war dann noch, daß in dieser Friedensinitiative auch der Vorsitzende unseres Elternbeirats mitarbeitete.

Erika:

Obwohl ich zu Anfang Punkte genannt habe, an denen - wie ich glaube - mein berufliches Handeln auf dem Hintergrund geschieht, daß ich mich als Religiöse Sozialistin verstehe, habe ich doch andererseits das Gefühl, meine Vorstellungen und Ideen außerhalb meiner Arbeitsstelle mutiger und konsequenter zu vertreten. Nur hier habe ich das Gefühl, dies ohne Sanktionen tun zu können.

Klaus:

Ich glaube, jetzt sind wir an einem ganz zentralen Punkt unseres Gesprächs angelangt, nämlich der Frage nach der vorhin schon einmal angedeuteten Ganzheitlichkeit. Wir haben ja den Anspruch, gerade weil der Beruf ein wichtiger Bestandteil unseres eigenen persönlichen Lebens ist, dieses Abstreifen der Haut zu verweigern. Wir wollen ja identisch bleiben, sowohl in der Freizeit als auch im Beruf. Und gerade auch noch, wenn man Berufe hat, in denen der Freizeitbereich und der Berufsbereich eigentlich ganz fließend ineinander überlaufen, kann man gar nicht in diesen verschiedenen Segmenten leben.

Reinhard:

Konflikte in der Gesellschaft, wie ordnen wir uns ein, wie vermitteln wir kritische Ansätze, ohne die Mündigkeit des Einzelnen zu unterdrücken, wenn wir eine lehrende Funktion haben? Wir haben private Probleme erörtert. Identität in Beruf und Freizeit.

Siegfried:

Das sind ja nicht private Probleme. Das sind gesellschaftliche Probleme, öffentliche Mängel, die in den privaten Raum verlegt und den Familien auferlegt werden, weil die Gesellschaft die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen verweigert. Ich erinnere mich gut, wie sehr ich mich von unserer reichen Gesellschaft im Stich gelassen fühlte, als meine Kinder in einer Zeit das Kindergartenalter erreichten, in der nur für jedes dritte Kind ein Kindergartenplatz verfügbar war. Die gesellschaftliche Situation bei uns ist doch so, daß sich berufliche Arbeit und Familie dann noch einigermaßen vereinbaren lassen, wenn beide Partner beispielsweise Pfarrer oder Lehrer sind; bei anderen Berufen, die rigiden Arbeitszeiten unterworfen sind, ist das viel schwieriger. Aber auch in den günstigsten Fällen liegt es so, daß einfach die gesellschaftlichen An-

gebote für die Betreuung und Erziehung von Kindern - von Einrichtungen für Kleinkinder bis hin zu Ganztages- schulen - so unzureichend sind, daß kaum beide Partner an ihren Wünschen und Erwartungen festhalten können. Gewöhnlich wird dann der Frau zugemutet, auf Selbstentfaltung im Beruf zu verzichten oder sich mit unattraktiver Teilzeitarbeit zu bescheiden. Das ist auch eine Art, Arbeitsmarktprobleme zu vermindern!

Klaus:

Dem muß man als Religiöser Sozialist eine neue Dimension von Beruf entgegenstellen, die kritisch bisherige Berufsrollen reflektiert, fähig macht, die Widersprüche auszuhalten, Enttäuschungen zu verarbeiten, positive Erfahrungen in sein eigenes Selbstbild zu integrieren, um dann eben auch mit anderen oder alleine den Versuch zu unternehmen, diese neue Perspektive, diese neue Dimension von Beruf partiell an einigen kleinen Pünktchen einzulösen. Deshalb würde ich also auch der Anfangsaussage von Udo, die ja provokativ gemeint war, widersprechen. Wir sind so in die Segmente der Gesellschaft hineingeschoben worden und haben die Segmentierung derart verinnerlicht, daß wir glauben, als Beamte keine politischen Aussagen machen zu dürfen mit der Folge, daß wir Beruf von Freizeit trennen. Aber gerade weil wir Pädagogen oder Pfarrer sind, kennen wir gar nicht diese genaue Trennung, wie etwa der Arbeiter, zwischen Arbeitsstelle und Freizeit. Und deshalb kommt eine Menge von Dingen hinein in den außerberuflichen Bereich, aber auch außerberufliche Erfahrungen hinein in den Beruf, gerade noch bei Fächern wie Theologie oder Sozialwissenschaften. Die Frage wäre zu stellen: Können wir selber abwägen, wieviele Anteile unseres Berufslebens tatsächlich diese neue Dimension mitbeinhalten und wieviele Anteile noch auf eine alte Rollenaufteilung verteilt sind. Wenn wir diese Anteile gegeneinander abwägen, lassen sich möglicherweise neue Perspektiven reflektieren, die uns alle ein Stück weiterbringen.

Annette (zu Klaus):

Was ist unter neuer Dimension zu verstehen? Kannst du das mal ein bißchen näher erörtern?

Klaus (zu Annette):

Ich möchte einfach das noch einmal aufgreifen, was du gesagt hast. Du hast von einem integrierten Verständnis von Beruf, Familie und sozialer Aktivität gesprochen.

Udo:

Nochmal zu dieser Trennung von Beruf und politischem Anspruch als Religiöser Sozialist, was ich vorher gesagt habe. Ich finde diese Trennung schon richtig. Auf der anderen Seite ist es so im Religionsunterricht, daß da zum Beispiel im Lehrplan steht: der Religionsunterricht beleuchtet gesellschaftliche Probleme, die verschiedenen Positionen, die es im Bereich der Gesellschaft zu diesem Problem gibt und nimmt dazu Stellung im Lichte des Evangeliums. Das ist eine gute Sache. Und dann steht auch in unserem Lehrplan: es kann eventuell mal sein, daß das, was das Evangelium dazu sagt, zu einem gesellschaftlichen Problem, im Widerspruch zu dem steht, was jetzt die Regierung oder irgendeine gesellschaftliche Institution dazu sagt und daß man diesen Konflikt dann aushalten muß. Das finde ich gerade gut am Religionsunterricht, daß ich da einseitig sozusagen nicht nur sein kann und sein darf, sondern auch sein soll, weil ich nämlich alle gesellschaftlichen Probleme im Licht des Evangeliums sehen soll. Und da für mich Christentum und Sozialismus eine ganz hohe inhaltliche Beziehung haben, z.B. in der Frage der Brüderlichkeit aller Menschen oder in der Parteinahme für die Benachteiligten, sehe ich für mich keinen Bruch.

Außerhalb der Schule ist es für mich so, daß ich jetzt immer mehr versuche - nicht (zu Klaus) so wie du gesagt hast: "man braucht das ja nicht so deutlich sagen, man kann ja auch sagen: radikal-demokratisch" - und so ein bißchen vorsichtig sein, daß ich außerhalb der Schule versuche, offener zu werden und dann auch die Angst weg ist. Bei dieser Anhörung im Oberschulamt habe ich vorher tagelang nicht geschlafen und habe unheimliche Angst gehabt, was alles passieren könnte. Und als ich dann da durch war, da fällt mir jetzt Luther ein auf dem Reichstag zu Worms, der ja auch unheimliche Ängste gehabt hat, vorher krank war auf dem Weg nach Worms, und nachdem er gesagt hat: nein, ich widerrufe nicht, dann auf einmal hinterher das Gefühl der Befreiung hatte: ich bin hindurch. Das Erlebnis habe ich jetzt auch schon öfter gehabt, daß ich da, wo ich die Angst überwinde und Stellung nehme, auch das Wort "Sozialismus" mal öfter in den Mund nehme, daß ich dann zwar auf Widerstand stoße, aber auch Hilfe kriege. Wie bei der Geschichte auf einmal der Elternbeiratsvorsitzende sagte: da komme ich sofort mit, wenn da was ist, da bin ich da, oder ein Studienleiter gesagt hat: das erzähle ich sofort bei der nächsten Tagung aller Studienleiter, das muß ja jeder wissen, das gibt's doch gar nicht. Da habe ich

ganz viel Solidarität bekommen. Und sonst habe ich immer gedacht, da darf ich den Mund nicht aufmachen. Nach dieser Angstsituation das Gefühl der Freiheit, jetzt bin ich hindurch.

Reinhard:

Ich habe den Eindruck, daß beim Thema "Mut" und "Wagnis" wichtige Entscheidungen fallen. In unserem Staat trauen sich viele nicht mehr, alles zu sagen, was sie denken. Ich finde es wichtig, daß wir Mitarbeiter in der Kirche das Gut der Freiheit nutzen, solange wir es noch haben. Für mich ist das eine ganz wichtige Gewissensfrage. Ich lasse mir auch die Freiheit des Wortes nicht nehmen durch Ängste vor anderen Erwartungen. Ich überlege sehr lange daran, wie, wann, wem und in welcher Situation ich etwas sage, aber ich meine doch, daß ich nicht darauf verzichten darf, wenn ich etwas der Wahrheit wegen sagen muß.

Klaus:

Die Kritik meiner Schüler an meiner politischen Zurückhaltung im Unterricht hat mir auch sehr viel Mut gemacht. Nachdem ich damals in der Schülerzeitung kritisiert wurde, kamen also eine Menge Kollegen und wollten mich unterstützen. Sie wollten sich mit mir solidarisieren gegenüber der Frechheit der Schüler und ich habe diese Solidarität der Kollegen zurückgewiesen. Ich habe gesagt: die Schüler haben das getan, wozu ich eben nicht den Mut hatte und das hat mich im Grunde genommen mit den Schülern zurücksolidarisiert. Also ich glaube schon, wir brauchen alle solche Situationen, in denen wir durch Provokation weitergebracht werden, vor allem die Erfahrung von Solidarität, um uns selber immer wieder Mut zu machen.

Annette:

Für mich ist das nicht nur die Frage, wieviel Mut ich habe, etwas zu sagen, sondern auch wieviel ich bereit bin, persönlich für eine Sache einzusetzen. Das fängt an bei Demonstrationen, lokalen Aktionen, bei solchen Sachen, die dann schnell ins Illegale geschoben werden. Für mich ist das im Moment auch sehr stark bei der Arbeitsplatzfrage da. Meine persönliche Situation und auch die meines Mannes ist eben die, daß wir kaum Aussicht haben auf einen Arbeitsplatz. Und da denke ich, daß die, die eine Pfarrstelle haben und die eine Stelle als Lehrer haben zum Beispiel nicht einfach sagen können: "Tut uns leid, wir sind drin, ihr seid draußen. Wir

können auch nichts dran ändern. Und ich muß jetzt schön still sein, damit ich nicht auch noch rausfliege" (was ja bei Beamten auch nicht so einfach geht). Sondern da erwarte ich auch von Leuten, die sich Sozialisten nennen, eine ganz persönliche Solidarität, indem sie persönlich auch sagen: ich bin bereit, einen Teil meiner Arbeit abzugeben für die, die keine Arbeit haben. Ich glaube, gerade im Raum der Kirche könnte das möglich sein und werden, durch Teilung der Pfarrämter, z.B. in einer Gemeinde mit drei Pfarrern, noch einen vierten mit reinnehmen. Man könnte da Modelle schaffen, durch die verkrustete Strukturen aufgebrochen werden. Gerade dieser Beamtenstatus, mit dem in der Kirche jede Veränderung am Pfarramt abgeblockt wird, müßte hinterfragt werden.

Bruno:

Stichwort: Bekenntnis zum Sozialismus, ja oder nein, und wann und wie? Das ist die Frage, wie wir in unserem Privat- und Berufsleben zum Ausdruck bringen, daß wir Religiöse Sozialisten sind. Ich stelle dabei fest, daß es nicht nur eine Frage des Mutes ist, etwas zu sagen oder nicht. Es gibt viele Situationen, wo ich keinen Mut brauche, etwas zu sagen. Es ist für mich auch eine Frage der Einsicht, die ich im Moment habe, von Argumenten und Gründen, die mir so einleuchtend sind, daß ich sie in dem Moment auch anderen einleuchtend sagen kann. Und da stelle ich fest, daß ich nicht immer Argumente habe. In der Friedensfrage ist es für mich gar kein Problem, Stellung zu nehmen, weil ich da durch Zeitschriften, durch Medien so unterrichtet werde, daß mir ein eigenes Urteil mit Gründen leicht möglich ist. Siegfried sagte vorhin, der Sozialismus sei im Moment nicht auf der Tagesordnung der Geschichte. Das ist genau das Problem. Religiöser Sozialismus bedeutet bestimmt mehr als nur in der Friedensbewegung tätig zu sein und dieses "Mehr" hat mir selber und anderen deutlich zu machen, wo ich vielleicht noch lange warten muß, bis sich davon etwas realisiert; das ist für mich ein Problem in meinem Beruf.

Reinhard:

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen: Im Rahmen von "Christ und Sozialist" helfen mir so viele Beiträge und Argumente, in Sachfragen kundig zu reden, so daß ich auch in der Öffentlichkeit Stellung nehmen kann.

Udo:

Zu dem, was Annette gesagt hat, mit der Arbeitsplatzteilung, wollte ich noch etwas sagen. Einerseits finde ich es richtig, was du sagst. Und ich bemühe mich auch, danach zu handeln. Ich bin ja Lehrer und habe noch nie vollzeitgearbeitet, sondern immer nur teilzeit und habe sozusagen freiwillig auf einen drittel bis halben Arbeitsplatz verzichtet, den ich hätte haben können. Es gibt ja auch Leute, die das gezwungenermaßen machen müssen. Bei uns hat der Kultusminister an alle Lehrer einen Brief geschrieben, sie möchten doch bitte an ihre arbeitslosen Kollegen denken und doch bitte teilzeitarbeiten - der Brief kam jetzt vor den Osterferien. Wir haben bei uns im Beamtengesetz einen neuen Paragraphen: Beurlaubung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, d.h. man kann sich mindestens ein bis höchstens sechs Jahre beurlauben lassen, ohne Geld, und macht sozusagen für einen arbeitslosen Kollegen Platz. Das habe ich für nächstes Jahr beantragt. Also ich tue es, aber politisch finde ich es nicht richtig. Im Grunde ist es nämlich so, daß wir diese Situation des Lehrermangels überhaupt haben, ist eine politische Folge, und unsere Herren Politiker bringen es jetzt fertig - gerade mit diesen Doppelverdienergeschichten - daß sich die Opfer, nämlich die abhängig Arbeitenden, gegenseitig die Köpfe einschlagen indem sie sich gegenseitig als Doppelverdiener verketzern und sich gegenseitig die Schuld an der Arbeitslosigkeit zuschieben. Deshalb ist der Urlaub aus arbeitsmarktpolitischen Gründen politisch eine sehr win-dige Geschichte, eine sehr defensive Sache. Denn die eigentliche Richtung, gerade was Sozialismus betrifft, ist ja zu zeigen, daß diese ganze Arbeitslosigkeit eine Folge unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist.

Siegfried:

Ich halte die Parole der Teilung von Arbeitsplätzen für sehr gefährlich. Vor allem artet sie leicht aus in Argumente gegen das sogenannte Doppelverdienerertum. Zuerst waren es die Gastarbeiter, jetzt sind es die Doppelverdiener; man findet also immer irgendwelche Gruppen, die dafür verantwortlich gemacht werden, daß es diese Arbeitslosigkeit gibt. Das ist im Grunde eine defensive Lösung, die ganze Gruppen aus dem Arbeitsmarkt ausgrenzen oder ihnen nur Teilzeitjobs ohne die Möglichkeit qualifizierter Arbeit zugestehen will: Wenn beide Partner arbeiten, soll einer von den beiden das aufgeben. Ich sage immer, daß eine solche Aufforderung unserer Verfassung widerspricht, weil jeder Mensch, jeder Mann und jede Frau, ein Recht hat, seine Persönlichkeit auch

in beruflicher Arbeit zu entfalten. Deshalb sehe ich nur die Möglichkeit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und einer Ausdehnung der Arbeitsplätze in Bereichen, in denen ein öffentlicher Bedarf besteht. Dazu würde ich viele Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen rechnen, auch den Bereich der Schule, in dem nach wie vor viele Unterrichtsstunden ausfallen müssen. Oder wenn ich meinen Bereich anschau: die Hochschulen fahren seit vielen Jahren eine sogenannte Überlastquote und werden drei noch 10 Jahre lang fahren. Aber seit Mitte der siebziger Jahre wird das wissenschaftliche Personal an Hochschulen konstant gehalten mit dem Erfolg, daß die Lehrer-Schüler-Relation immer ungünstiger wird und daß der wissenschaftliche Nachwuchs keine Chance auf Stellen hat. Da liegt der Fehler: man muß für die Ausdehnung der Stellen in diesen Bereichen kämpfen, und wenn das zugestanden wird, daß hier ein öffentlicher Bedarf besteht, der durch Einrichtung zusätzlicher Stellen befriedigt werden muß, dann kann man auch darüber verhandeln, ob Gehaltsstrukturen verändert werden sollen. Ich bin durchaus bereit, ich halte es auch für richtig zu sagen: wir haben ja eine Bildungsexpansion gehabt, es gibt ja heute viel mehr Personen in akademischen Berufen, als das früher der Fall war; so überlegen wir doch einmal, ob angesichts veränderter Knappheiten die alten Einkommensrelationen noch stimmen oder ob zum Beispiel ein Hochschullehrer heute relativ weniger verdienen sollte. Aber darüber kann man nur reden, wenn erst einmal die Forderung, daß zusätzliche Stellen geschaffen werden, durchgesetzt wird. Andernfalls wird das bloß ein Beitrag zum öffentlichen Sparen, zum Sparen des Staates, d.h. der Staat finanziert mit den bisherigen Ausgaben für das Bildungssystem mehr Personen, und er wird in seinen übrigen Bestrebungen, seien es die Rüstungsausgaben oder die Subventionierung privatwirtschaftlicher Hochtechnologieforschung oder was immer, überhaupt nicht begrenzt; er hat also gar keinen Anlaß, sich Prioritätenfragen aufdrängen zu lassen.

Erika:

Diese Gefahr sehe ich auch, daß von den Arbeitnehmern Opfer verlangt werden, ohne daß dadurch neue Stellen geschaffen oder die Erhaltung der vorhandenen garantiert werden. Auch im Bereich der Kirche wird versucht werden, das zu erwartende Steuerdefizit durch Gehaltsverzicht der Bediensteten aufzufangen.

Im Prinzip habe ich nichts gegen einen solidarischen Verzicht auf Einkünfte einzuwenden, in einer Kirche, die

sich tatsächlich als Dienstgemeinschaft versteht, und wenn nur so der Dienst am Menschen aufrecht erhalten werden kann, z.B. die vielfältigen sozialen Dienste der Kirche, zu denen ich auch meine Arbeit rechne. Das Problem dabei ist, daß diese Dienstgemeinschaft etwas ist, was von den Kirchenoberen regelmäßig beschworen wird, hinter dem sich in der Praxis aber die gleichen Gehalts- und Machtstrukturen verbergen wie in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Pfarrer zum Beispiel und einige andere Bedienstete in bestimmten Positionen werden wie Beamte bezahlt und genießen die gleichen Rechte, während das übrige Kirchenvolk angelehnt an den Angestellten- und Arbeitertarif des öffentlichen Dienstes bezahlt behandelt wird.

Im Opfern oder im Verzicht sollen wir eine Gemeinschaft sein, während in der Wirklichkeit diejenigen, die sowieso am unteren Ende der Skala stehen, auch beim Arbeitgeber Kirche am härtesten getroffen werden. Bei einem Verzicht auf 10% von 3.000 Mark bleibt immer noch genug zum Leben übrig, während von 1.300 Mark abgezogene 10% ein empfindliches Loch hinterlassen und an die Existenz gehen können.

Eine Aufhebung und Neustrukturierung der bestehenden Bedienstetenordnung mit dem Ziel der Angleichung von Rechten und Bezügen würde mir den Anspruch der Institution Kirche, eine Gemeinschaft im Dienste Gottes zu sein, glaubwürdig machen.

Außerdem frage ich mich, ob die Kirche nicht in Notzeiten eine besondere Verpflichtung gegenüber den Menschen hat, die durch drohende oder bestehende Arbeitslosigkeit ins Abseits der Gesellschaft geraten. Zumal die Zahl der Menschen, die der Hilfe bedürfen, durch ausgebildete Fachkräfte bedürfen, zunimmt. Hier die gerade von der Arbeitslosigkeit besonders stark bedrohten Fachkräfte aus dem sozialen Bereich durch unbezahlte Ehrenamtliche zu ersetzen, ist nach meinem Gefühl Sparen am falschen Ende und im Endeffekt unsozial, ja unchristlich.

Was wäre dann Sparen am richtigen Ende? Ich glaube, daß die Kirche angesichts der finanziellen Situation Prioritäten setzen müßte zugunsten der Menschen, zu Lasten der materiellen Ausstattung ihrer Gebäude, der Kirchen, der Gemeindehäuser usw., und daß sie so eine Entscheidung auch offensiv gegenüber den Benutzern ihrer Einrichtungen vertreten müßte.

Zusammengefaßt: Ich bejahe ein Solidaritätsoffer, das aber durch andere Maßnahmen des Arbeitgebers Kirche ergänzt werden müßte.

ALS PRIESTER IN DER KOKEREI

Ein Gespräch mit dem Arbeiterpriester Hermann Daniel (HD) aus Dortmund-Huckarde, das Klaus Kreppel (KK) am 17. April 1985 führte.

KK: Lieber Hermann, du besitzt kein Pfarrbüro, in dem du deinen Gast empfängst. In einer schlichten Bergarbeiterwohnung in Dortmund-Huckarde führen wir unser Gespräch. Gerade hast du um halb drei die Frühschicht in der nahegelegenen Kokerei beendet und bis mit mir ein Stück durchs Viertel gegangen - eine Bergarbeitersiedlung. Für mich als Gast alles etwas ungewohnt, in solchen Arbeits- und Lebenszusammenhängen einem katholischen Priester zu begegnen. Was machst du denn jeden Tag zur Frühschicht in der Kokerei da drüben?

HD: Ich bin ja schon seit 9 Jahren im Bergbau. Erst acht Jahre in Castrop-Rauxel auf der Zeche Erin als Hauer unter Tage. Die Zeche Erin wurde Ende 1983 geschlossen und 4.000 Mitarbeiter sind auf 22 Schachtanlagen verlegt worden, manche davon vorzeitig in Rente gegangen. Im Zuge dieser Verlegung wurde ich von der Kokerei Hansa übernommen, in deren Siedlung ich jetzt schon seit 1978 wohne.

Jetzt bin ich also über Tage. Und da ich unter Tage als Facharbeiter eingestuft war - Hauer in der Gewinnung - wurde ich hier über Tage auch als Facharbeiter eingestellt: als Reparaturschlosser in der Sieberei. Obwohl ich anfangs nicht viel von Schlosserei verstand, habe ich mich ganz gut eingearbeitet. Ich fahre nur Morgenschicht, von sechs bis halb drei geht die Arbeitszeit, und das ist mit der Zechenleitung so geregelt, weil ich auch stellvertretender Knappschaftsältester bin und zweimal wöchentlich nachmittags meine Sprechstunde halte. Die ist immer gut besucht, weil wir einen großen Sprengel vertreten. Das Wohnviertel ist gleichzeitig die unterste Organisationsebene der IG Bergbau - ein uraltes Prinzip, weil die Kollegen heute wie früher um ihren Pütt herum wohnen, fand und findet die Gewerk-

schaftsarbeit immer überwiegend im Wohnviertel statt, bis hin zur Wahl der Vertrauensleute, die nicht im Betrieb stattfindet; das stammt noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als innerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit verboten war. Neben meiner Aufgabe als stellvertretendem Knappschaftsältesten habe ich hier in der Ortsgruppe noch eine weitere Funktion: seit 1978 bin ich Schriftführer. Als ich hier einzog, waren gerade Vorstandswahlen, und da sagten die Kollegen: Der ist doch Pastor, der kann doch schreiben, der soll mal Schriftführer werden. Diese und die angrenzenden Ortsgruppen haben mich im Verlauf meiner Gewerkschaftsarbeit weiter nach oben gehievt. So kam ich in den Bezirksvorstand und wurde im vorigen Jahr für vier Jahre zum ständigen Delegierten für den Kongreß der IG Bergbau und Energie gewählt. Also ich bin kein hauptamtlicher Funktionär, sondern bekleide nur Ehrenämter.

KK: Interessant wäre zu erfahren, woher deine Kumpels und Gewerkschaftskollegen wußten, daß du ein Pastor bist, da du ihnen doch zunächst wohl nur als normaler Mitarbeiter begegnet bist. Wie kam es heraus, daß es einen unter ihnen gibt, der gar nicht im traditionellen Sinne Pastor ist? Und eine zweite Frage: Hat es die Leute nicht sonderbar berührt, daß da ein Priester an ihrer Arbeit und ihrem Leben teilnehmen möchte, als Arbeiter im Betrieb, als Kollege in der Gewerkschaft, als Mitarbeiter in der Bergarbeitersiedlung?

"ROT-SCHWARZE" BERÜHRUNGSÄNGSTE DURCHBROCHEN

HD: Im Wohnviertel hatte sich das schnell herumgesprochen, denn ich mußte mich ja auf Wunsch des Erzbischofs (von Paderborn) als Subsidiar (d.h. "Hilfsgeistlicher") an eine Gemeinde anbinden lassen. Die Gemeinde konnte ich mir erstens selbst aussuchen, sie liegt in Dortmund-Huckarde, wo nur Bergarbeiter wohnen. Und zweitens traf ich hier in St. Christopherus auf einen sehr verständnisvollen Pfarrer. Nachdem ich mich bei der Gemeinde vorgestellt hatte, sprach es sich eben herum. Ehe ich hier ins Haus einzog, wurde also schon gemunkelt, daß da so ein Schwarzer bald über den Roten wohnt, und daß da bald Blut fließen wird, denn der Adolf unten im Parterre, den du gerade am Fenster gesehen hast, ist ein ganz alter linker SPD-Mann, aus der Kirche ausgetreten, wie sich's gehörte. Der Adolf war damals auch noch im Vorstand der Gewerkschaft und hat das schnell in Umlauf gebracht. Dann kam einer vom Bezirksvorstand der Gewerkschaft und wollte sich überzeugen, ob das so stimmt mit

dem Priester, denn sie dachten eher an Laienprediger oder Sektenprediger. Also das hat auf beiden Seiten Skepsis ausgelöst.

KK: Wenn man in beiden Gewässern schwimmt, muß man eben in Kauf nehmen, daß man als "U-Boot" der jeweils anderen Seite betrachtet wird: Bei den kirchenfernen Kumpels als einer der Schwarzen und bei den bürgerlichen Gemeindegliedern als rot angehauchter Priester. Gab es da keine Identitätsprobleme für dich selbst?

HD: Die meisten Schwierigkeiten bereiteten mir die treuen und braven Katholiken. Bei den strammen und kämpferischen Sozialdemokraten wurde eigentlich am schnellsten verstanden, daß Kirche sich für die Arbeiterschaft engagieren müsse; die sind ja nicht dumm, die Sozis, die kennen ja die Geschichte! Der Adolf unten im Haus hat eine Menge Schulungen mitgemacht und von seinem Vater schon viel mitgekriegt und weiß, wie die Kirche in der Vergangenheit mit der Arbeiterschaft umgegangen ist. Aber gerade diejenigen, die unter der Kirche am meisten litten, haben mich schnell akzeptiert und verstanden, daß meine Entscheidung eigentlich richtig ist - aber die braven Katholiken nicht; das ließen sie mich in der Gemeinde spüren. Eine wirklich gute Beziehung konnte ich zu den Nicht-Kirchenbesuchern anknüpfen.

KK: Mit der Absicht, diese verlorengegangenen Schafe wieder zur Herde zurückzuführen? Oder hat sich stärker der Wunsch durchgesetzt, die "treuen und braven Katholiken" - wie du sagst - auf die Probleme der Arbeiterschaft hinzuweisen?

HD: Sicherlich das Letztere. Du weißt ja, Ende 1975 war die Gemeinsame Synode der Bistümer zu Ende, die erstmalig in der Geschichte der deutschen und der bundesrepublikanischen Kirche etwas zum Verhältnis Kirche-Arbeiterschaft gesagt hatte. Da wird ja auch die Aussage Pius' XI. an CAJ-Gründer Josef Cardijn aus dem Jahre 1932 zitiert: Der Skandal des 19. Jahrhunderts sei, daß die Kirche die Arbeiterschaft verloren hat. Und dann schreibt die Synode: "Dieser Skandal wirkt fort." Das ist in der deutschen Kirche noch nie so deutlich ausgesprochen worden. Wenn ich irgendwo eine Veränderung bewirken möchte, dann in der Kirche. Es ist nicht meine Absicht, die Arbeiter für die Kirche zu bekehren; diese muß sich erst ändern, ehe sie wieder Arbeiter aufnehmen kann, damit sich Arbeiter in ihr wohlfühlen. Es gibt

bereits Zeichen für diese Veränderung, z.B. in unserem Erzbistum (Paderborn), das sich für zwei Jahre des Themas "Kirche und Arbeitswelt" angenommen hat. Als Hauptziel wurde formuliert: Die Kirche muß sich der Arbeitswelt, dem Arbeiter gegenüber öffnen, auf sie zugehen, kennenlernen.

KK: Es ist erfreulich, daß kirchlicherseits solche Wünsche geäußert werden. Was sollte deiner Auffassung nach die Kirche ganz konkret tun, um ihre Einsichten und Worte erfolgreich umzusetzen?

DIE SOZIALLEHRE KONKRETISIEREN

HD: Worte sind ja manchmal nötig, wenn sie in einer deutlichen Sprache geäußert werden. Wir haben eine katholische Soziallehre - leider auf einer hohen, abstrakten Ebene ausformuliert, die niemanden veranlaßt, Konsequenzen daraus zu ziehen auf der praktisch-politischen Ebene. Gegenwärtig ist die Montanmitbestimmung in Gefahr, das Betriebsverfassungsgesetz soll geändert werden, ein Arbeitskampfrecht soll eingeführt werden ..., da warte ich auf eine Stellungnahme der Amtskirche! Mit den Zielen der polnischen Solidarnosc hat sich Kardinal Höffner 1981 im Kölner Dom solidarisiert, weil sie der katholischen Soziallehre entsprechen. Nun, die Polen haben z.B. die Arbeiterselbstverwaltung gefordert. Das hat der Kardinal für deutsche Verhältnisse noch nie gefordert! An dieser Stelle könnte die Kirche ihre Soziallehre konkretisieren. Aber die Kirche schweigt bei so wichtigen Fragen wie Arbeitszeitverkürzung. Zu wünschen wäre, daß sie endlich einmal für gewerkschaftliche Positionen Partei ergreift. Schließlich war und ist die Gewerkschaft als Teil der Arbeiterbewegung eine soziale Befreiungsbewegung.

Es gibt gottseidank positive Beispiele dafür, wie Kirche in der Arbeiterschaft präsent sein könnte. Im Jahre 1978 bei der Schließung von VFW Fokker in Speyer haben beide Kirchen mit dem Weihbischof Gutting an der Spitze mitprotestiert. Die Frauenverbände der Kirche, die ja sehr mitgliederstark sind, haben 800 Frauen auf die Beine gebracht, ein Arbeiterpriester hat gesprochen, ein Telefondienst rund um die Uhr wurde eingerichtet für den Fall, daß die Maschinen nach Bremen abtransportiert würden. Nach den Aktionen wurde durch eine Umfrage festgestellt, daß sich das Verhältnis der Arbeiter zu den Kirchen schlagartig gebessert hatte, nur durch eine kleine Solidarisierung in einem außergewöhnlichen Augenblick.

Ich denke auch an Solidarisierung in sozialpolitischen Fragen. Hier muß die Kirche entlarvend mitwirken und Anwalt der Betroffenen sein, z.B. bei der Frage der "neuen Armut", von Heiner Geißler in der Opposition einst aufgedeckt, wird sie inzwischen wieder negiert. Wenn doch einmal die Kirche laut erklären würde, daß sie wirklich existiert!

KK: Als Priester bist du ja Teil der kirchlichen Hierarchie und damit der Amtskirche. Wie versuchst du selber, die Amtskirche von diesem von dir vorgeschlagenen Weg zu überzeugen?

HD: Seit dem Beginn meiner Tätigkeit als Arbeiterpriester 1976 habe ich mir die Aufgabe gestellt, meinen innerkirchlichen Ansprechpartnern etwas über die Situation der Arbeiter zu vermitteln. Ich habe mich nicht aufgedrängt, sondern gewartet. Im Jahre 1981 wurde ich zum ersten Mal offiziell zu einer Dekanatskonferenz eingeladen. Danach häuften sich die Einladungen, vor kirchlichen Gremien zu sprechen, besonders seit Übernahme des Themas "Kirche und Arbeitswelt" durch die Erzdiözese. Und das Interesse des Klerus für diese Fragen wächst mit zunehmender Arbeitslosigkeit. Da kann man den einen oder anderen vom Sockel der Kritiklosigkeit gegenüber unserem Wirtschaftssystem herunterholen und aus seiner bürgerlichen Mentalität herausbrechen.

KK: Das hört sich so nach "Spaltung" an!

HD: Stückchenweise ja. Aber zeigt es sich nicht weltweit, daß da ein Riß durch die Kirche geht? Und ist es nicht zu begrüßen, daß diejenigen Kräfte in der Kirche, die zu gesellschaftspolitischen Fragen Partei im Sinne der "Kleinen Leute" ergreifen, anwächst?

KK: Wie stark ist die Gruppe der Arbeiterpriester?

HD: Zur Zeit besteht sie aus 25 Priestern.

KK: Bezieht sich das auf die gesamte Erzdiözese?

HD: Nein, auf die gesamte Bundesrepublik ...

KK: Vielleicht kannst du den Lesern von "Christ und Sozialist" einmal beschreiben, was überhaupt ein Arbeiterpriester ist.

DER BEGRIFF "ARBEITERPRIESTER"

HD: Der Begriff "Arbeiterpriester" stammt aus Frankreich, wo sich in den Anfangsjahren des Zweiten Weltkriegs erstmals eine Gruppe von katholischen Geistlichen dazu entschloß, selbst in Fabriken zu arbeiten, gewerkschaftliche Funktionen wahrzunehmen und auch die Freizeit mit dem Leben der Arbeiter zu teilen. Das Experiment wurde auch zunächst von den französischen Bischöfen unterstützt. Sie haben im Jahr 1942 sogar zwanzig Arbeiterpriester heimlich nach Deutschland eingeschleust, um die französischen Fremdarbeiter zu betreuen.

Was die heutigen Arbeiterpriester in Deutschland von den Franzosen gelernt haben ist, daß man so gut es geht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter teilt. Ganz gelingt das nicht, weil wir Arbeiterpriester eine andere Geschichte haben. "Du kannst doch aus dem Dreckloch wieder raus, wenn du willst", haben mir die Kumpels gesagt, das können die ja nicht. Mit vierzig bekommen die keinen anderen Arbeitsplatz mehr. Aber wir als Priester können jederzeit wieder umsteigen. Die Einschränkung heißt also: so gut es geht, die Lebens- und Arbeitsbedingungen teilen, mit der Hand arbeiten, Fabrikarbeit und auf Dauer - nicht als vorübergehendes Experiment und nicht auf eigene Faust, sondern mit ausdrücklicher Erlaubnis des Bischofs.

KK: Kannst du uns den Weg beschreiben, den du gegangen bist, um die Erlaubnis deines Bischofs zu erhalten?

HD: Ich habe auf eigene Initiative 1975 ein Gesuch eingereicht, das zunächst abgelehnt, aber nach unbeirrbarem Festhalten an meinem Entschluß angenommen wurde, zunächst für zwei Jahre, danach nur mit der Auflage, Subsidiar in einer Gemeinde zu werden. 1981 versuchte der Bischof noch einmal, mich in eine normale Ortsgemeinde zurückzuholen. Meine Bereitschaft machte ich aber von der Erfüllung einer Gegenforderung abhängig, nämlich die 92 geistlichen Studienräte ebenfalls in die Gemeinden zurückzurufen. Entweder keinen oder alle. Daraufhin hat der Bischof meinem Verbleiben zugestimmt.

KK: Noch immer bist du der einzige Arbeiterpriester in der Erzdiözese Paderborn. Wie steht es mit den Möglichkeiten, zu anderen Arbeiterpriestern Kontakte aufzunehmen?

HD: Seit zwölf Jahren gibt es eine "Konferenz der Arbeiterpriester im deutschsprachigen Raum", die regelmäßig

zweimal im Jahr tagt. Immer parallel zu den Vollversammlungen der Bischöfe im Frühjahr und im Herbst. Vor zwei Jahren ist der Kreis erweitert worden durch weitere Personen mit kirchlicher Sozialisation, z.B. durch "Kleine Schwestern", eine Gemeindeferentin in Aachen und einige Diplom-Theologen, die aus ihrer Glaubensmotivation heraus in der Fabrik auf Dauer arbeiten. Diese erweiterte "Konferenz der Arbeiterpriester und -schwestern" hat ebenfalls vor zwei Jahren versucht, mit der Deutschen Bischofskonferenz Kontakt aufzunehmen mit dem Erfolg, in eine der zehn Kommissionen, nämlich die Pastorkommission, aufgenommen zu werden. Mit einem weiteren Wunsch waren wir noch nicht so erfolgreich, ein Mitglied der Pastorkommission, am liebsten Weihbischof Gutting aus Speyer, als ständigen Beobachter an unserer Konferenz teilnehmen zu lassen, der eine geballte Ladung von Erfahrungen aus der Arbeitswelt an die Bischofskonferenz weitergeben könnte. Hier warten wir immer noch auf eine Entscheidung. Hier in der Region hat sich eine "Ruhrgebietskonferenz" konstituiert, die sich aus zahlreichen "Kleinen Schwestern", Priestern, Brüdern und Laientheologen zusammensetzt und sich ebenfalls zweimal im Jahr trifft.

EINE POLITISCHE BIOGRAPHIE

KK: Lieber Hermann, du bist 48 Jahre alt und vor neun Jahren erst Arbeiterpriester geworden, davor 13 Jahre als "normaler" Priester tätig. Welche persönlichen Beweggründe haben dich auf deinem bisherigen Weg begleitet?

HD: Das hat zunächst objektive Gründe. Die Synode Anfang der siebziger Jahre habe ich mitverfolgt, vor allem die Diskussion um das Synodenpapier "Kirche und Arbeiterschaft".

Das hat aber auch biographische Gründe. Ich bin in Dortmund in einer Bergarbeitersiedlung groß geworden, habe mich früh durch die CAJ (Christliche Arbeiter Jugend) und einen Freund, der im Bergbau beschäftigt war, mit der "sozialen Frage" beschäftigt. In der Schule später mit der Theorie des Sozialismus, mit Kautsky und Bernstein und der sogenannten "Revisionismus-Diskussion". Während meines Theologiestudiums habe ich im Freisemester in München die Frühsozialisten studiert. Nach Paderborn kam ich 1959 zurück, gerade als die SPD ihr Godesberger Programm verabschiedet hatte. In Professor Ermeckes Seminar haben die jungen Theologen dis-

kutiert "kann ein Katholik SPD wählen?". Im Seminar gab es einen Arbeitskreis, genannt "Mau Mau" - in Anlehnung an die Kenia-Aufstände - mit Teilnehmern, die beabsichtigten, noch vor ihrer Priesterweihe im Industriebereich tätig zu werden oder nach ihrer Priesterweihe in Industrieorten eingesetzt zu werden. Mit diesem Arbeitskreis habe ich zahlreiche Studienreisen unternommen und Arbeiterpriester in Marseille und im belgischen Industrieviertel besucht. Diesem Arbeitskreis verdanke ich manchen Impuls für meine spätere Entscheidung, Arbeiterpriester zu werden.

Zwischendurch gingen diese Anregungen aber verschüttet. Und als ich 1962 in Castrop-Rauxel meine erste Stelle antrat, da habe ich mich in erster Linie für die Arbeiter als potentielle Kirchenbesucher und Sakramentsempfänger interessiert, aber nicht als Menschen, die als Bergarbeiter mit ihren Familien in kleinen Wohnungen lebten und von ihren alltäglichen Problemen aufgesogen wurden. Heute erschreckt mich das, wie es möglich war, daß dieses ursprüngliche Interesse an der sozialen Frage so verschüttet gehen konnte. Erst langsam habe ich es wieder freigelegt durch Begegnungen mit einem Pater, der vergeblich darum kämpfte, für 40.000 Obdachlose freigestellt zu werden, ich hingegen als Präfekt in einem bischöflichen Knabenseminar für 70 Knäblein freigestellt werden sollte. Da stimmt doch etwas nicht mit den Relationen, dachte ich mir. Ein gewisses Unwohlsein packte mich zusätzlich über meine Rolle als quasi beamteter Priester mit einer großen Wohnung von dreizehn Zimmern ...

KK: Hat sich dieses Unwohlsein nach Deiner Entscheidung vor neun Jahren denn abgebaut?

HD: Ich bin jedenfalls zufrieden mit dem, was ich tue, nicht mit dem, was ich erreicht habe.

KK: Im letzten Jahr hast du einen weiteren kleinen Schritt in deiner sozialpolitischen Sozialisation unternommen: du bist in den Bund der Religiösen Sozialisten eingetreten.

HD: "Sozialist" war ich ja schon in der von mir aufgezeigten Schüler- und Studienzeit, durch die Beschäftigung mit dem Frühsozialismus, durch die Auseinandersetzung Katholizismus/SPD, durch die Erfahrungen mit den Ruhrgebietsarbeitern, deren politische Heimat die SPD ist. - Meine spätere Entscheidung für den Betrieb be-

ruhte in erster Linie auf einer Glaubensmotivation. Die Vermittlung beider bisher getrennter Größen - Sozialismus und Glaube - wurde einmal geleistet durch die Begegnung mit Wilhelm Hohoff, der Auseinandersetzung anläßlich seines 50. Todestages im Jahre 1973 in der Presse, vor allem im "DOM" (= Bistum Paderborn) mit Helmut Patt und Wilhelm Weber auf der einen Seite und dir und Walter Dirks auf der anderen Seite. Neugierig machte mich, wie man Hohoff für beide Richtungen, konservative und sozialistische, ausschlagen konnte. Dann kam mir mal ein Buch zur Hand: "Andachten von Christoph Blumhardt", das mich fasziniert hat, mir die Augen geöffnet hat durch die markante Geschichte darüber, daß Gott in der Arbeiterbewegung seine Spuren hinterlassen hat. Und wenn sie atheistisch ist, was soll das. Gott macht seinen Weg und seine Geschichte, und wenn er sie nicht mit den Engeln macht, dann eben mit den Teufeln. Das war Christoph Blumhardt. In seinen Aussagen fand ich eine Identität für beide Größen, "religiös" und "sozialistisch" zu sein, bestätigt. Das war lange vor meinem Eintritt in den Bund. Nach Ausprägung der inneren Überzeugung wollte ich diesen Schritt auch nach außen hin vollziehen, so trat ich vor einem Jahr in den Bund der Religiösen Sozialisten ein, mit einigen Kollegen, nicht mit Arbeitskollegen, nein, aus dem krichlich-bürgerlichen Lager. Ein schöner Erfolg wäre es, als Fernziel zu erreichen: Religiöser Sozialist und Arbeitskollege!

BUCHBESPRECHUNGEN

Jörn-Erik Gutheil (Hrsg.): Einer muß überleben. Gespräche mit Auschwitzhäftlingen 40 Jahre danach. Der kleine Verlag, Düsseldorf 1984, 190 Seiten.

Alle pädagogischen Bemühungen nach Auschwitz dürfen das Ziel nicht aus dem Auge lassen, das Gewissen dahin zu bilden, daß sich das Schreckliche niemals wiederholen kann.

Daß junge Menschen aus der Evangelischen Studentengemeinde Bonn den unbequemen Weg des intensiven Gesprächs mit ehemaligen Auschwitzhäftlingen gegangen sind - entgegen jener schäbigen Gewissensentlastung, die führende Politiker der Bundesrepublik aus dem Geburtsjahrgang

ableiten -, das gehört zu den nicht gerade zahlreichen Hoffnungszeichen in einer Bundesrepublik, in der sich über die faschistischen Greuel oft genug das Tabu des Schweigens legt.

Mit Recht betont der Herausgeber, es sei "ein Wettlauf mit der Zeit, bis die letzten Zeitzeugen", die in diesem Falle auch Blut- und Marterzeugen sind, "verstummt sein werden". Zu den Auschwitzopfern, die von den Bonner Studenten noch befragt werden konnten, gehören jüdische Menschen wie Willi Kessler und Abraham Matuszak, Menschen aus der sozialistischen Arbeiterbewegung wie Hermann Langbein, Heinz Brandt und Hermann Reineck (in dessen österreichischem Heimatland der vielfache Mörder Reder vom "Verteidigungs"-Minister einer als sozialistisch bezeichneten Regierung herzlich begrüßt wurde), weiterhin Hugo Franz vom Volk der Sinti und Roma und Otto Küsel, dem die Nazis das Stigma des "Berufsverbrechers" aufdrückten ("Für Menschen, die nicht in das allgemeine Lebensschema paßten, die keine feste Wohnung, keine 'ordentliche' Arbeit hatten, war in Deutschland unter Hitler kein Platz", kommentieren die Bonner Studenten mit Recht).

Zum Glück geht die Zielsetzung dieses Buches über eine bloß verbale, billige Distanzierung vom Faschismus und seinen barbarischen Methoden hinaus. "Gegen einen neuen Faschismus, gegen Ausländerhaß und neue Sündenbock-Ideologien, gegen die regierungsamtliche Verweigerung, die Verantwortung für die eigene Geschichte zu übernehmen, gegen dies alles brauchen wir die Wahrheit der Zeitzeugen", sagt Jörn-Erik Gutheil. Willi Kessler meint denn auch, es gelte den Anfängen zu wehren. Offenbar gibt es unter Jugendlichen der Bundesrepublik aufs neue so etwas wie eine gefühlsmäßige Welle des Faschismus. Da hilft es nicht viel, wenn unsere Offiziellen sich bei Sonntagsreden gelegentlich gegen den Antisemitismus aussprechen, vielmehr, so sagt Kessler, muß unser politischer Entschluß lauten: "Es soll nie wieder Völkermord geben, weder an Juden noch an Türken. In der Zeitung stand, daß ehemalige Buchenwaldhäftlinge heute wieder Angst haben, ihre Namen zu nennen - so weit ist die Entwicklung schon wieder!"

Was sind es wohl für Menschen gewesen, die die im Anhang des Buches im Faksimile abgedruckten "Meldungen" in den Lagern erstattet haben, die jedesmal zu unbeschreiblichen Mißhandlungen führten? "Ich melde den Ilia Levy, weil er sich während der Arbeit hinsetzte, trotzdem sein Wagen noch nicht geladen war." Das ist doch dieselbe Mentalität des leistungsneurotischen Den-

kens, die Küssels Fänger zu ihm sagen ließ: "Wir werden Ihnen das Arbeiten schon beibringen!" Wie weit, so müssen wir doch kritisch fragen, hat ein bürgerliches Christentum, das Leistungswillen und Ordentlichkeit über alles, selbst über die Menschlichkeit setzte und setzt, zu solcher Barbarei mit beigetragen?

Auf die Frage, wo sich im Lager "Beispiele lebendigen Glaubens" gefunden hätten, bekamen die Bonner Studenten Antworten, mit denen sie wohl kaum gerechnet hatten. "Am eindrucksvollsten" fand Willi Kessler die Zeugen Jehovas. "Sie waren nicht klein zu kriegen. Sie haben ihr letztes Essen weggegeben und waren froh, wenn nur einer zuhörte, daß sie den Namen Jehovas aussprachen. Das waren ganz unbeugsame Menschen." Und Hermann Langbein, der als Marxist dem religiösen Glauben selber fernsteht, erzählt von der slowaksichen Jüdin Julia Skodova, die eines Tages ins sogenannte Stabsgebäude verlegt wurde, wo die "Bibelforscherinnen" waren. "Am Abend kam die Blockälteste in ihre Stube. Sie weiß von ihr nur, daß sie Mitzi geheißen hat und eine Bibelforscherin aus Wien war. Sie hat allen 'Gute Nacht' gesagt. Da mußte Skodova weinen, das erstemal in Auschwitz. Ich weiß nicht, ob Sie sich das vergegenwärtigen können? Sie hat den ersten menschlichen Ton gehört, von einer Bibelforscherin."

Während im Jahre 1933 die Kirchenmänner in Scharen Hitler zujubelten, hatte der damalige Präsident der Wachturm Bibel- und Traktatgesellschaft, Joseph Franklin Rutherford, Hitler gewarnt: "Hören Sie auf, Jehovas Zeugen zu verfolgen, sonst wird Gott Sie und Ihre nationale Regierung vernichten!" Als sich Jehovas Zeugen nach dem Krieg auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg versammelten, erinnerten sie sich an diese prophetischen Worte.

Die Konsequenz, mit der Jehovas Zeugen dem Gott der Bibel und der Ablehnung des "Waffenhandwerks" auch unter Verfolgung die Treue hielten, ist von Gegnern, insbesondere von den kirchlichen "Sektenbeauftragten", als "Fanatismus" ausgelegt worden. Es wäre an der Zeit, zu fragen, ob die "Eindeutigkeit und Entschiedenheit", welche Professor Hermann Dembowski in seiner Einleitung zu diesem Buch bei der Evangelischen Kirche in Deutschland vermißt, nicht genau das bezeichnet, was damals bei Jehovas Zeugen zu finden war.

Dembowski hat recht: "ein idiotisches Denken, das nur eigenes Interesse, aber nicht das Interesse der anderen, ja der Erde als ganzer im Blick hat, wird nicht die Pro-

bleme der Menschheit lösen, sondern in die Katastrophe führen". Jesus drückte es einst so aus: "Sorgt euch zuerst darum, daß ihr euch Gottes Königsherrschaft unterstellt und tut, was er verlangt, dann wird er euch schon mit all dem anderen versorgen."

Wenn wir angesichts von Auschwitz noch oder wieder von Gott reden wollen, dann können wir es ohne Zynismus nur dann tun, wenn in unsere Denk- und Lebensbewegung eine neue "Eindeutigkeit und Entschiedenheit" hineinkommt.

(Arnold Pfeiffer)

Ulrich Walberer (Hrsg.): 10. Mai 1933. Bücherverbrennen in Deutschland und die Folgen. Fischer Taschenbuch 4245, Frankfurt 1983.

Klaus Schöffling (Hrsg.): Dort wo man Bücher verbrennt. Stimmen der Betroffenen. Suhrkamp Taschenbuch 905, Frankfurt 1983.

Beiden Büchern liegt die Einsicht zugrunde, daß es nicht genügt, eine "Unfaßbarkeit" angesichts der Vernichtung des deutschen "Geisteslebens" festzustellen und sich betroffen damit zu bescheiden. Hintergründe und Zusammenhänge müssen erklärt und gedeutet werden. Dies leistet das Buch von Ulrich Walberer, das Beiträge verschiedener Autoren wiedergibt.

Neben einer Übersicht über "politische Entwicklung und geistiges Klima vor der sogenannten Machtergreifung" finden sich u.a. Darstellungen der NS-Schrifttumspolitik, des Buchhandels, der studentischen "Aktion wider den undeutschen Geist", daneben auch Beiträge "Zur Vorgeschichte der deutschen Nachkriegsliteratur", über die "Schulwirklichkeit im Deutschunterricht 1945 - 1965", die mitunter sehr speziell sind, aber eher unbewußten Teilnehmern am heutigen "Literaturbetrieb" zu manchen grundsätzlichen Einsichten verhelfen können.

Klaus Schöffling dagegen hat ausschließlich Originaldokumente verfolgter Autoren zusammengetragen. Seine Kapiteleinteilung mag den Rahmen des Buches abstecken: "Dort wo man Bücher verbrennt" - "Auseinandersetzungen" - "Erfahrung Exil" - "Wir sind und bleiben unbequeme Zeitgenossen".

Die Leser erfahren unmittelbar von dem Leid, den Auseinandersetzungen, Kämpfen, dem Mut und der Verzweiflung deutscher Autoren im Exil: von ihren oft einsamen Niederlagen in einer ihnen fremd bleibenden neuen Umgebung:

"Zur Entwurzelung, zum Verlust der Heimat, der Familie und der Freunde kam der Verlust der Spra-

che. Der Prozeß des Schreibens war unterbrochen, die gewohnten Bindungen zerstört, der Hintergrund deutschen Lebens und deutscher Kultur vernichtet."

(K. Schöffling, Nachwort)

Wohl mag man die Bücherverbrennungen angesichts anderer, politisch weitaus einschneidenderer Aktionen der Nazis für einen unbedeutenden Nebenschauplatz der braunen Revolution halten - wer kommt schon als Leser von Toller, Bloch, Feuchtwanger, Walter Mehring usw. in Frage? - die Bücherverbrennungen berührten sicherlich nur die Minderheit der kritischen Leser in der deutschen Bevölkerung.

Kritische Literatur - damit meine ich nicht Literatur, die sagt, sie sei kritisch - scheint auch heute nur Anzeichen einer Minderheit zu sein. Schöffling erwähnt folgenden Fall:

"1977 steht ein Bernd Neumann, prominentes Mitglied der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft, nicht hinten und fordert: 'Derartige Werke sollten verbrannt werden.' Da ging es schon wieder um Literatur, Erich Frieds Bücher waren für den Scheiterhaufen vorgesehen. Fried emigrierte 1938 nach England, wo er noch heute lebt. Er wird wissen, warum er dort bleibt."

Literatur ist ein zartes und gefährdetes Pflänzchen und notfalls auch als Pornographie, wie man jüngst erfahren konnte, leicht zu verbieten: Ignoranz gebärdet sich als Moral, Moral legitimiert das "energische Einschreiten".

So vermag auch folgende Feststellung Schöfflings nicht zu verwundern:

"Wen interessieren die Emigranten von heute, wo doch die eigenen Emigranten von damals noch immer unbequem sind? Die deutschen Schriftsteller, die vor fünfzig Jahren aus ihrem Land gejagt wurden, sind bis heute noch nicht 'wieder in den Kanon der deutschen Literatur eingegliedert.'"

Erst in jüngster Zeit werden die Werke vieler emigrierter Schriftsteller wiederentdeckt und in wohlfeilen Ausgaben aufgelegt.

Beide hier vorgestellten Bücher können auf ihre Weise Zugang zu einer historischen Epoche eröffnen, in der Verfolgung kein Einzelschicksal und doch Schicksal eines je besonderen Einzelnen war, einer Epoche in der sich die schönen Künste mit einer auf Erniedrigung des Menschen ausgerichteten Gesellschaft als unvereinbar

erweisen haben. Die Ausgrenzung der Literatur ist wohl nur unbedeutendes Symptom für eine umfassende barbarische "Spießbürgerideologie" und die mörderische Konsequenz eines auf bloßes Funktionieren im Sinne des Machtstaates ausgerichteten menschlichen Denkens, dessen Ausmaß uns in der Tat unfaßbar ist.

(Ulrich Schmid)

Hans Prologheuer: Ausgetan aus dem Land der Lebendigen. Leidensgeschichten unter Kreuz und Hakenkreuz, Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn 1983, 236 Seiten.

In seinem letzten Buch "Ausgetan aus dem Land der Lebendigen" bringt Hans Prologheuer, Fachmann in Sachen Entmythologisierung des sogenannten Kirchenkampfes, seinen Leser/innen "erschütternde Beispiele für den alltäglichen Faschismus in Gesellschaft und Kirche" (Vorwort von Wolfgang Huber, S. 8) im nationalsozialistischen Deutschland nahe. Er zeichnet Geschichte anhand der Biographien dreier Männer und einer Frau nach, die trotz unterschiedlicher Lebensbezüge und gesellschaftlicher Praxis im nationalsozialistischen Staat und in der faschistischen Kirche dem Berufsverbot oder dem Lebensverbot verfielen. Während der Kirchenmusiker Julio Goslar und der Pastor Ernst Flatow wegen ihrer jüdischen Herkunft zu Opfern rassistischer Ideologen wurden, machten sich der "rote Pfarrer" Georg Fritze und die Volkswirtin Helga Barth durch ihre parteiliche, gegen den Nationalsozialismus gerichtete, "wohlüberlegte christliche Tat" (S. 36) selbst zu Opfern antisozialistischer Verfolger.

Der "nichtarische" evangelische Kirchenmusiker Julio Goslar, Musikdirektor und sozialdemokratischer Mitgründer der Kölner Arbeitergesangvereine, wird vom Presbyterium seiner Gemeinde, das aus Angehörigen der Bekennenden Kirche besteht, fallengelassen. Nach Beurlaubung und Wiedereinsetzung in sein Amt, nach einer moralischen Diffamierungskampagne und beharrlichem Schweigen der Bekennenden Kirche zur gesellschaftlichen Dimension des "Arier"-Paragrafen fühlt sich Julio Goslar im Herbst 1936 gezwungen, seine Stelle aufzugeben. Richtig urteilt Frau Goslar: "Eine Kirche, die den Christenanspruch ihrer Glieder nicht auch vor der Welt vertreten kann, ist keine Kirche Christi mehr." (S. 109) Während die Bekennende Kirche in Köln wenig Besseres zu tun weiß, als für evangelische "Nichtarier" kurz vor ihrer Deportation in Vernichtungslager Gottesdienste auszurichten, überleben Julio Goslar und seine Frau die Ver-

folgung, weil sie von katholischen Mitchristen versteckt werden. Nach 1945 wird dem Kirchenmusiker die volle Wiedereinsetzung in seine Stelle von der Gemeinde stillschweigend vorenthalten.

Ernst Flatow ist der erste "nichtarische" evangelische Geistliche, der dem Berufsverbot verfällt. Er wird 1928 mit über 40 Jahren Krankenhausseelsorger in Köln. Obwohl seine Arbeit sehr gelobt wird, wird er schon im Frühsommer 1933 mit Billigung der Kirche aus rassistischen Gründen aus seinem städtischen Amt entlassen. Selbst um ein kirchliches Ruhegehalt muß er kämpfen, ganz zu schweigen davon, daß aus etablierten, auch bekenntnis-kirchlichen Kreisen niemand für ihn Partei ergreift: "Es ist für Ernst Flatow deprimierend zu sehen, wie sich ausgerechnet die von ihm distanzieren, denen er als nationalkonservativer Deutscher seit eh und je politisch nahesteht, und daß da ausgerechnet jene zur Solidarität mit den verfolgten Juden aufrufen, denen allzeit sein politischer Kampf gegolten hat: ... daß ausgerechnet "der rote Pfarrer von Köln", Georg Fritze, in öffentlicher Predigt am Karfreitag 1933 unmißverständlich betont, daß Jesus von Nazareth ein Jude war, daß Jesus durch die Geschichte hindurch auch von Mitgliedern der "arischen Rasse" immer wieder gekreuzigt worden sei, von den Kreuzzügen bis zu den Schützengräben von Verdun, bis zu den jüngsten Judenprozessen am 1. April 1933". (S. 177) Obwohl Ernst Flatow die Genehmigung zur Auswanderung vorliegt, bleibt er aus Solidarität zu seinen jüdischen Leidensgenossen im von nationalen Feinden umringten Deutschland. Der aus rassistischen Gründen dienstunfähige Pastor wird nach unsteter Irrfahrt von Freund zu Freund Ostern 1942 aus den kirchlichen Anstalten Lohbetal bei Berlin mit anderen Juden nach Polen deportiert, von wo er nicht zurückkehrt.

Der Pfarrer Georg Fritze (vgl. die Buchbesprechung in CuS 2/1981) ist von der Theologie der Bekennenden Kirche geprägt, geht aber politisch andere Wege. Als Sozialist, Streiter für den Frieden und gegen den Nationalsozialismus wird er von der Bekennenden Kirche boykottiert. Nachdem das deutschchristliche Presbyterium seiner Gemeinde zunächst vier Theologinnen wegen ihres Geschlechts entlassen hat, bekommt Georg Fritze 1938 von der Kirchenleitung aus politischen Gründen Berufsverbot, weil er nach dem Grundsatz handelt: "Zum Christsein genügt nicht, daß man sich zum Christentum bekennt. Es gilt, für die Sache Christi einzutreten" (S. 37). Anfang Januar 1939 stirbt er an den Folgen eines Schlaganfalls.

Die Christin und Sozialistin Helga Bärth lernt 1937 bei ihrer Arbeit als Volkswirtin in Dortmund Frau Hantel, die Frau eines inhaftierten Kommunisten, kennen. Mit ihr lebt sie zeitweilig in einer Wohngemeinschaft zusammen. Im Verlauf ihres kurzen Berufslebens an wichtigen Schaltstellen kapitalistischer Macht entschließt sich Helga Bärth zu subversiver Aktion. Jedoch nicht aufgrund dessen, sondern weil sie wegen ihrer Gnadensuche für den Dortmunder Kommunisten Hantel aufgefallen ist, wird sie 1942 verhaftet. Im Frühjahr 1945 stirbt Helga Bärth mit 32 Jahren im KZ Ravensbrück. In einer Abhandlung über und für die Familie Hantel hat sie geschrieben: "Eine Opfertat wird die Befreiungstat sein ..." (S. 92). Die Familie Hantel überlebt das nationalsozialistische Regime.

Außer erschütternde biographische Einzelheiten bekannt zu machen, verdeutlichen mir die "Leidensgeschichten unter Kreuz und Hakenkreuz" einmal mehr, daß der Glaube an den Jesus, der Gemeinschaft mit Verachteten, Unterdrückten und Gequälten hielt und deshalb hingerichtet wurde, untrennbar mit einer solidarischen, opferbereiten gesellschaftlichen Praxis zusammengehört, um Nachfolge genannt werden zu können. Das kommt bei Prologheuer negativ deutlich zum Ausdruck, wenn er, wie nicht anders zu erwarten, das Versagen der Kirche, auch der Bekennenden Kirche, im Nationalsozialismus bloßstellt. Positiv können gerade Helga Bärth und Georg Fritze zu Identifikationsfiguren für das Eintreten für die Sache Christi, die Opfertat, die die Befreiungstat sein wird, werden.

(Martina Ludwig)

Martin Buber: Ein Land und zwei Völker. Zur jüdisch-arabischen Frage. Hrsg. und eingel. v. Paul R. Mendes-Flohr, Insel Verlag, Frankfurt 1983, 382 Seiten.

Dieser die politischen Schriften Bubers zur jüdisch-arabischen Frage vereinigende Band erscheint in einer Zeit der nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch moralischen Krise in Israel nach dem Libanonkrieg. In diesem Krieg ist die seit dem 6-Tage-Krieg 1967 bestehende Problematik der Besetzung der Westbank, der später einsetzenden Besiedlung dieses Gebietes und der Kampf zwischen Israel und der PLO auf die Spitze getrieben worden, aber bei weitem nicht gelöst.

Auch wenn Buber diese jüngste Phase der Geschichte des Staates Israel nicht mehr miterlebt hat, so hat er doch

von den Anfängen der zionistischen Bewegung an deren Idee mitgeprägt, die Verwirklichung des zionistischen Unternehmens miterlebt und verantwortlich mitgestaltet.

Diese weniger bekannte Entwicklung des Zionismus darzustellen ist das Anliegen dieses von dem Jerusalemer Professor Mendes-Flohr herausgegebenen Buches. Doch die Sichtung, Sammlung und Kommentierung von Bubers engagierten Äußerungen für die Verwirklichung eines "Miteinander" von Juden und Arabern, wirft darüber hinaus ein klares Licht auf das in "Ich und Du" explizierte dialogische Prinzip: Bubers politische Tätigkeit ist als Verwirklichung dieser Philosophie zu verstehen, als ihre Anwendung auf die Gefahr des Scheiterns hin und nach der Erfahrung des Scheiterns. Damit ist dem dialogischen Prinzip der mißverständliche Schein genommen, ein entweder bloß in der privaten zwischenmenschlichen oder religiösen Sphäre geltendes Prinzip zu sein. Bubers Auseinandersetzung mit der arabischen Frage war im tiefsten von dieser Philosophie motiviert, die wiederum aus den Wurzeln des echten Judentums ihre Kraft bezieht.

Bubers "Hebräischer Humanismus" (S. 32), der mit dem religiösen Sozialismus verwandt und mit ihm im Gespräch war, sollte durch einen Zionismus verwirklicht werden, der sich nicht notwendig als Nationalismus verstehen, sondern die konkreten Bedingungen zur Verwirklichung des Ideals schaffen sollte. Daß Buber aus dieser Perspektive im "Brit Schalom" (Friedensbund) für eine Förderung des Verständnisses von Juden und Arabern arbeitete, ist ihm ebenso als Weltfremdheit der frommen Wünsche angerechnet worden, wie sein Entwurf eines binationalen Staates. Dieser Wirksamkeit Bubers zu gedenken heißt: die Geschichte gegen den Strich bürsten, haben sich doch Bubers kritische Stimme, seine unermüdliche Arbeit, das zionistische Ideal des Anfangs Gestalt werden zu lassen, seine der veränderten Situation immer neu entsprechenden Versuche nicht, noch nicht genügend durchsetzen können.

Der letzte Beitrag Bubers kurz vor seinem Tod am 13. Juni 1965 faßt rückblickend sein Engagement zusammen, doch mit der klaren Sicht nach vorn: "Es besteht für mich kein Zweifel daran, daß es die Schicksalsfrage des Nahen Orients ist, ob eine Verständigung zwischen Israel und den arabischen Völkern zustande kommt, solange noch eine solche Möglichkeit besteht" (S. 380). Diese Schicksalsfrage ist der rote Faden durch das Buch. Er zeigt sich als eine immanente Kritik eines Zionismus, der sich vor allem als ein "Judenstaat mit Kanonen,

Flaggen, Orden" (S. 51) konkretisiert sehen will, wie Stefan Zweig in einem Brief an Buber kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges formuliert.

Bubers Kritik ist eine des Wirklichkeitsbegriffes einer Realpolitik, die sich als chauvinistisch entlarvt, aber auch Kritik an der Wirklichkeitsferne fundamentalistischer Religiosität. Indem das Buch an eine andere Sicht von Realität erinnert, als die im Libanonkrieg und in der Siedlungspolitik geschichtsmächtig gewordenen Kräfte sie auf ihre Fahnen schreiben, aktualisiert es das Wort, das der Besucher Jerusalems bei seiner Ankunft auf einer Steinsäule geschrieben findet: "niskor" (wir werden uns erinnern). Die Aufgabe des Erinnerns, die hier wahrgenommen wird, geht diesen Gefahren zum Trotz davon aus, daß der Vergangenheit keine messianischen Splitter eingesprengt sind, von denen her ein Anspruch auf die Gegenwart wirksam ist. Wenn so der Gegenwart aus der Vergangenheit eine schwache messianische Kraft mitgegeben ist, dann ist die Vergangenheit nicht erledigt. Solches Verständnis von Wirklichkeit widerspricht einer bloß sich an Tatsachen orientierenden Machtpolitik.

In Situationen, in denen Buber sich zu Wort meldete, widerspricht er dieser falschen Wirklichkeit. Sein Widerspruch erwächst aus der Spannung zwischen der zu verwirklichenden Idee und den Bedingungen der jeweiligen Gegenwart, die nur eine partielle Verwirklichung zulassen. Daraus erwächst die Ethik der "Demarkationslinie" (S. 36), die von der Aufgabe der Welterlösung ausgeht, doch diese nicht über dem Handgemenge, sondern in ihm vollzieht. Die Demarkationslinie wird erst dadurch gezogen, daß "unsere zu kneten willigen Hände tief in den Lehm fassen" (S. 36). Erst aus der Dunkelheit der jeweiligen Situation beginnt diese Linie zu leuchten.

Um dieses Verhältnis von Wirklichkeit in einer je besonderen Situation und Moralität mit einem allgemeinen Anspruch geht es in einem Briefwechsel zwischen Gandhi und Buber, der vielleicht nicht zufällig in der Mitte des Buches steht. Gandhi hatte die Idee der Gewaltlosigkeit auch für die Situation im Nationalsozialismus anwenden wollen, ohne sich ihrer Partikularität bewußt zu werden.

Sich auf dieses Buch einzulassen kann zum einen dazu verhelfen, die israelische Geschichte besser zu verstehen oder Kräfte der Vergangenheit in der gegenwärtigen "Friede Jetzt"-Bewegung wiederzuerkennen. Zum andern kann es dazu anregen, in der verfahrenen und erlahmen-

den Diskussion der Friedensbewegung hier klarer zu sehen, vielleicht Neues zu sehen: das Beispiel eines verantwortlichen Lebens gegen die Resignation ist vielleicht das beste Argument gegen die Resignation.

(Hans Martin Dober)

Dan Diner: Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung (vsa), Hamburg 1982.

Dan Diner ist gleichzeitig deutscher und israelischer Staatsbürger. Er kann es sich leisten - anders als jeder Deutsche - das Palästinenserproblem frei von Schuld komplexen zu analysieren und Schlüsse zu ziehen, die dem gängigen Israelbild in Deutschland gänzlich widersprechen.

Ausgehend von Libanonkrieg konzentriert er sich auf den historisch zentralen Konflikt zwischen Israel als der Kolonialmacht und dem Volk der Palästinenser, das zum großen Teil vertrieben ist oder im eigenen Lande als Minderheit unterdrückt wird. Israel hat das palästinensische Volk nie als solches anerkannt. Die Formel "Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land", die zu Beginn der Inbesitznahme Palästinas durch Israel geprägt wurde, spricht eine deutliche Sprache. Aber auch heute wird das Palästinenserproblem von israelischer Seite lediglich als ein militärisches gesehen. Das Ziel der israelischen Außenpolitik ist nach wie vor die völlige Zerschlagung der PLO, der legitimen Vertretung der Interessen des palästinensischen Volkes.

Dan Diner geht es nicht in erster Linie um eine historische Analyse der Palästinenserfrage im herkömmlichen Sinn - obwohl er die historischen Hintergründe sehr genau beschreibt und analysiert - sondern um eine politische Bilanz, die darüber Aufschluß geben soll, welche Wege zur Lösung des Palästina-Problems im Sinne der arabischen Palästinenser und der jüdischen Israelis beschritten werden können. Auf Dauer - das ist seine Hypothese - kann über die Palästinenser-Problematik nicht mehr hinweggesehen werden. Die Besuche Arafats beim ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Kreisky in Wien sowie seine Rede vor den Vereinten Nationen machen diesen Trend deutlich. Die PLO und das palästinensische Volk wurde damit langsam hoffähig.

Aber genau das will die israelische Regierung (damals Begin) mit allen Mitteln verhindern. Die Anerkennung, wenn auch nur als militärischer Gegner, bedeutet die Anerkennung des Palästinenser-Problems, bedeutet den

ersten Schritt hin zu einer neuen Politik, die wegführt von der rücksichtslosen Besiedlung der eroberten Landstriche (Gazastreifen und Westbank) und hinführt zu einer Politik der Verständigung mit den palästinensischen Flüchtlingen genauso wie mit den arabischen Nachbarn.

Dan Diner plädiert mit anderen fortschrittlichen Juden für eine solche neue Außenpolitik Israels, die einerseits die eigenen Sicherheitsinteressen nicht vernachlässigt, andererseits aber den berechtigten Lebensinteressen ihrer Nachbarn und der Palästinenser Rechnung trägt.

Der zionistische Gedanke ist für Dan Diner eine der Hauptbarrieren für eine Verständigung in dieser Region. Er verdunkelt nicht nur die historische Schuld der Israelis an den Palästinensern, sondern erlaubt es auch heute nicht, diesen Konflikt als solchen zu erkennen.

Erschwerend kommt noch hinzu, daß diese historische Schuld eng mit dem Selbstverständnis der Israelis verbunden ist. Spätestens seit 1945 glauben sie an ihr Recht, Palästina für sich in Besitz nehmen zu können. Die Völkerrechte eines palästinensischen Volkes kommen in dieser Ideologie natürlich nicht vor.

Das vorliegende Buch, sollte es auch in Israel gelesen werden, könnte einen Beitrag zur Überwindung der in Israel vorherrschenden zionistischen Ideologie leisten. Auf jeden Fall gibt es einen guten Einblick in die komplexe Problematik der Palästinafrage.

(Michael Nelson)

Raja Shehadeh: Aufzeichnungen aus einem Ghetto. Leben unter israelischer Besatzung. Aus dem Englischen von Liselotte Meitzner. Dietz-Verlag, Berlin/Bonn 1983, 173 Seiten.

Die Ereignisse in der Westbank seit der Besetzung durch die Israelis im 6-Tage-Krieg 1967 stehen längst im Schatten der späteren Kriege. Die Nahostberichterstattung orientiert sich vorwiegend an militärischen Konfrontationen, während der lautlose Krieg im besetzten Gebiet für den hiesigen Leser nur selten wahrnehmbar wird. In Notizen aus dem Jahre 1980 berichtet der Autor (palästinensischer Rechtsanwalt) vom Alltag in der westjordanischen Stadt Ramallah, von der überall präsenten Besatzungsmacht und von der Angst der Bewohner vor Enteignung, Verhaftung, Folter oder Ausweisung. In bedrückenden und Protest provozierenden Szenen spiegeln

die Tagebuchaufzeichnungen Repression und Demütigung, aber auch den Durchhaltewillen und Widerstand der palästinensischen Bevölkerung.

Das Schlüsselwort, mit dem der Autor die hoffnungslos scheinende Lage der Araber in Westjordanien zu beschreiben sucht, heißt arabisch "Sumud" und bezeichnet den Zustand der Standhaftigkeit und des Ausharrens. Wie von Häftlingen im KZ Treblinka der Satz berichtet wird: "Wenn du zwei Alternativen hast, wähle stets die dritte", so kommt es Shehadeh darauf an, auch aus der Zwangssituation des besetzten Landes einen anderen Ausweg zu finden als Kollaboration, Auswanderung oder Haß. Das Ausharren im besetzten Land, die tägliche bewußte Selbstbehauptung gegen die israelische Militärherrschaft ist für ihn die einzig menschenwürdige und auf die Dauer wirkungsvolle Antwort, die die Palästinenser geben können. Als ein Beispiel, wie er als Anwalt "Sumud" zu realisieren versucht, beschreibt er seine Arbeit für die internationale Juristenkommission in Genf über die Rechtslage der westjordanischen Palästinenser (erschieden 1980 in London unter dem Titel "The West Bank and the Rule of Law"). Zusammen mit einem Freund gelingt es ihm, in nächstelanger Arbeit das Material zu sammeln, den Bericht zu schreiben und, von den israelischen Behörden unbemerkt, das Manuskript nach Genf zu bringen. Den Erfolg der Veröffentlichung muß er mit ständiger Angst vor Verhaftung und Folter bezahlen, denn die Erfahrung anderer palästinensischer Autoren ist entsprechend. Die privaten und offiziellen Anfeindungen von israelischer Seite nehmen tatsächlich zu, aber insgesamt bemühen sich die Behörden eher darum, die Wirkung des Buches herunterzuspielen und lassen die Autoren unbehelligt.

Als Anwalt erlebt Shehadeh nur zu oft die praktischen Grenzen des "Sumud"-Konzeptes: er steht z.B. vor dem Konflikt, vor Gericht aufzudecken, daß sein Mandant im Gefängnis gefoltert wurde, riskiert damit aber für ihn ein hartes Urteil; oder im Interesse des Mandanten auf ein möglichst niedriges Strafmaß hinzuarbeiten, darf dann aber das Gericht nicht gegen den Angeklagten einnehmen. Das Gerichtswesen unter der Besatzungsmacht als Farce zu erkennen und zugleich als Anwalt ständig an der Aufrechterhaltung dieser Farce mitzuwirken, ist ein Widerspruch, den der Autor in vielen Beispielen konkretisiert. Geradezu kafkaesk liest sich die Szene "Wo ist der Richter?", in der eine Frau als Zeugin der Ladung vor Gericht folgt, aber im ganzen Justizgebäude keinen Richter findet; für Palästinenser steht das Recht höch-

stens auf dem Papier. Und unter dem Eindruck der Ausweisung zweier palästinensischer Bürgermeister, die durch nichts verhindert werden konnte, verzeichnet das Tagebuch nur: "Auch ein Anwalt kann nichts tun."

Ein weiteres Thema, das sich als roter Faden durch die Aufzeichnungen zieht und die Unrechtsverhältnisse in Westjordanien besonders verdeutlicht, ist die israelische Siedlungspolitik, d.h. die Enteignung und Vertreibung der arabischen Bevölkerung. Der Autor war mit seinen Eltern unter den Arabern, die sich 1948 aus Haifa ins westjordanische Gebiet zurückzogen, allerdings in der Hoffnung auf baldige Rückkehr. Seit 1967 leben sie in zunehmender Ungewißheit, ob sie nicht auch aus der neuen Heimat vertrieben werden. Ähnlich wie 1948 weichen viele Palästinenser dem israelischen Druck "freiwillig" und verlassen ihr Land. Diejenigen, die bleiben, müssen oft noch froh sein, in den israelischen Siedlungen oder in Israel Arbeit zu finden, und ziehen sich in politische Resignation zurück.

Die Besatzungsmacht verfolgt teils mit offener Brutalität, teils mit bürokratischen Mitteln ihre Vertreibungspolitik. So entdeckt der Autor zufällig, daß sich unter den seit 1967 mehr als 800 Erlassen der Militärregierung 30 auf die Errichtung israelischer Siedlungen beziehen und genau dies die einzigen Erlasse sind, die nie ins Arabische übersetzt wurden. Auf Anfrage erklärt ein israelischer Offizier: Araber machen sich nichts aus Gesetzen, sie verstehen sie nicht und sind nicht bereit, die Kopien der Erlasse ordentlich abzuheften. Während die israelische Regierung so die kolonialistische Besiedlung der Westbank vorantreibt, gehen im Staate Israel Dutzende genossenschaftlicher Dörfer ein, weil die Regierung ihnen die Mittel streicht.

Ein wichtiger Prüfstein für Shehadehs Widerstandsform des Ausharrens ist sein Verhältnis zu den Fedajin, das anlässlich eines Anschlages in Hebron auf israelische Siedler, bei dem 6 Menschen getötet wurden, zur Sprache kommt. Der Autor kritisiert solche Aktionen vor allem wegen der folgenden israelischen Racheakte, die das Leben der palästinensischen Bevölkerung durch Kollektivstrafen, Verhaftungen und Ausweisungen sehr belasten und damit das Ausharren erschweren. Trotzdem ist für ihn das mit den Fedajin gemeinsame politische Ziel, das Recht der Palästinenser auf ihre Heimat zu erkämpfen, entscheidend, auch wenn er andere Methoden des Kampfes für wirkungsvoller hält. Er erkennt in den Gegenmaßnahmen der Israelis auch die Absicht, zwischen Fedajin und Bevölkerung einen Keil zu treiben, und hält es für ent-

scheidend, diese Absicht zu durchkreuzen und an der Gemeinsamkeit festzuhalten.

Hier können nur einige Themen aus den Aufzeichnungen angedeutet werden. Die Stärke des Buches selbst liegt vor allem in dem unmittelbaren Eindruck von der Situation im besetzten Land, die die Leser aus der Sicht der unterdrückten Bevölkerung kennenlernen. Gerade deutsche Leser können die Lage der Palästinenser als historische Konsequenz der nationalsozialistischen Judenverfolgung verstehen. Aber auch im Hinblick auf aktuelle Rechtsentwicklungen in der Bundesrepublik, wie z.B. Verschärfung im Asylrecht und im Demonstrationsrecht, ist Shehadehs Beschreibung von Diskriminierung, bürokratischer Repression und Aushöhlung von Rechtsformen aufschlußreich dafür, wie effektiv juristische Instrumentarien zur Absicherung von Herrschaft genutzt werden.

(Maria Kühn-Ludewig)

Hans Harder: Der deutsche Doktor von Moskau. Der Lebensroman des Dr. Friedrich Josef Haas. Wilhelm Schmitz Verlag, Gießen 1983, 278 Seiten. (Johannes Harder ist Beiratsmitglied des Bundes Religiöser Sozialisten Deutschlands)

Dieses Buch unseres Freundes Johannes (Hans) Harder sollten wir nicht nur an viele Leute verschenken, wir sollten es auch selber lesen und beherzigen. Daß sich im Jahre 1940, mitten in der Nazizeit, die Chance zum ersten Erscheinen dieses Buches ergab, lag daran, daß damals die Nazipolitik im Zeichen des Nichtangriffspaktes mit Stalin vorübergehend rußlandfreundliche Tendenzen in der Literatur begünstigte. Von welcher Art allerdings die rußlandfreundliche Tendenz bei Harder war (und ist), daran läßt sein Buch keinen Zweifel.

"Heldentum ist Mut zur *Barmherzigkeit*". Dieser Satz faßt die Pointe des Buches zusammen. Dr. Friedrich Joseph Haas, 1780 in Münstereifel geboren, gehört zu den "Protestleuten gegen den Tod", von denen Christoph Blumhardt, und zu den "Menschen der Liebe", von denen Karl Nötzel gesprochen hat.

Der in den Krieg aufgebotene Dr. Haas sagt: "Immer schieße ich *gegen den Tod*" (S. 67). Im Sinne der Bergpredigt Jesu wendet er sich gegen das Zürnen, aus dem die Gewalttat hervorgeht (S. 108). Der Bergpredigt-Christ Haas hält es wie die jüdischen Chassidim: er traut niemandem letzte Bosheit zu. Auch die Straßenräuber, die ihn überfallen wollen, sieht er mit den Augen des Erbarmens.

Dr. Haas gelingt es nicht nur, in der Behandlung der Gefangenen und der nach Sibirien Verbannten durch unermüdlichen persönlichen Einsatz Erleichterungen und Verbesserungen zu bewirken (er scheut die Kleinarbeit nicht!), er stößt auch in Bereiche vor, die dem "normalen" Christen auch heute manchmal noch fremd sind. Wie bei Albert Schweitzer schlägt sein mitfühlendes Herz auch für Tiere: "er liebt alle Kreatur, auch das Tier, selbst das schon untaugliche Vieh ..." (S. 252). Und da, wo "moderne", theologisch verbildete Christen mit peinlichem (und peinschaffendem) Schweigen reagieren, beim unmittelbar bevorstehenden Tod nämlich, da bleibt Dr. Haas dem leidenden Menschen in der vollen Gewißheit des Glaubens zugewandt: "Bald wirst du es besser haben, Nata-schenka - bald - bald - ja. Dort, mußt du wissen, gibt es keine Schmerzen mehr und auch keine Tränen - dort wirst du lachen und alles Schlechte vergessen - sieh mal, so ist es dort." (S. 259)

Gerade der letztgenannte Punkt macht deutlich, daß Protestleute gegen den Tod der vollen Gewißheit des Glaubens bedürfen, daß der Menschentod, der Erdentod umfassen ist von ewigem Leben Gottes. Nicht gottesleugnerische oder hetzerische Stimmen, sondern die Stimme des Heiligen Franz von Sales macht Dr. Haas den russischen Gefangenen in einem Büchlein zugänglich (S. 219). Und es ist genau die Überzeugung des Heiligen Franz von Sales von der Allgegenwärtigkeit Gottes, die Dr. Haas zum Kämpfer gegen Krankenleid und Ungerechtigkeit werden läßt.

(Arnold Pfeiffer)

Ulrich Linse: Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre. Siedler Verlag, Berlin 1983, 272 Seiten.

"Inflationsheilige" nennt Ulrich Linse die Gestalten, die in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland auftraten und die Ablehnung der Weimarer Republik mit kulturverneinenden und pseudo-messianischen Ideen verbanden. Drei Kapitel sind drei typischen Gestalten gewidmet: Friedrich Muck-Lamberty (mit dem Linse selbst noch sprechen konnte), Max Schulze-Sölde (der zeitweilig von Eberhard Arnold fasziniert war) und Louis Haeusser. Haeusser war auf den Straßen des Weimarer Staates eine bekannte Erscheinung. Wenn er an den Bürgermeister von Waiblingen schrieb: "Du bist ein glattes Rindvieh! Siehst Du - Hornochse - denn nicht, - daß ich auf Deine öden Paragraphen schieße -" (S. 189), so bringt solche Fäkalsprache einen Verbalprotest zum Ausdruck, der viele

politisch und ökonomisch Enttäuschte dazu trieb, hinter Haeusser Zuflucht zu suchen.

Mit Franz Kaiser und Leonhard Stark stellt Linse zwei weniger bekannte Gestalten desselben Typs vor; mit dem "Naturmenschen" Gusto Gräser (der in einer aufsehenerregenden Schrift von Hermann Müller etwas übertrieben als "Guru" von Hermann Hesse herausgestellt wurde) und dem "Oberdada" Johannes Baader meint er Vorformen entdeckt zu haben. In den Umkreis des religiösen Sozialismus gehören die "Christ-Revolutionäre" um Carl Stünckmann und Alfred Daniel, die einer Art National-Anarchismus anhängen, sich aber bald wieder voneinander trennten. Daß - durch Fritz Lieb und Paul Walter - sogar Beziehungen zu Karl Barth bestanden, wird mancher mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen.

"Das Reich Gottes muß kommen *auf Erden!* Die Heiligen müssen und werden das Erdreich einnehmen, das bisher die Gauner, die Schieber, die Schwächlinge und Halben, die Rohen und Herrschsüchtigen bewirtschaftet und verwirtschaftet, verwaltet und verordnet haben, statt zu wirtschaften, zu walten und zu ordnen, so daß nur noch Dummheit und Lüge herrschen." Dieses Zitat aus der Haeusser-Zeitschrift zeigt gut, wie ein Grundmotiv der prophetischen Verkündigung des Alten und Neuen Testaments, nämlich das Kommen des Reiches Gottes auf die Erde, bei den "Inflationsheiligen" sektiererisch verfälscht wurde.

Mit Recht macht Linse darauf aufmerksam, daß wir in den "sogenannten Neuen Religionen" wiederum Erscheinungen vor uns haben, bei denen die Kritik an der Industriegesellschaft zunächst Züge der politischen Selbstverweigerung und sodann der totalen Abhängigkeit von einem Sekteneroberhaupt annimmt.

Was bei den "Inflationsheiligen" krude zu Tage kam, hat als Tendenz auch religiös-sozialistische Kreise der zwanziger Jahre beeinflußt. Eine der wirksamsten Parolen von Eberhard Arnold lautete etwa, man müsse alle Kompromisse mit der bestehenden Welt aufkündigen. Was die Kompromißlosigkeit des Bruderhof-Lebens in Wirklichkeit bedeutet hat (und noch bedeutet), das sollte man Berichten "Ehemaliger" entnehmen, die eine eindeutige Sprache sprechen. Der Satz eines engen Vertrauten Eberhard Arnolds: "Wir sind keine Demokratie, sondern eine Diktatur des heiligen Geistes" verdient unsere kritische Aufmerksamkeit.

(Arnold Pfeiffer)

Hiermit bitte ich um Zusendung

- 0 eines Probeheftes des Bundesorgans "CHRIST UND SOZIALIST"
- 0 der Broschüre "DER BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V. - Informationen zur Geschichte, zur gegenwärtigen Situation und zur Organisation" (bitte DM 1,50 in Briefmarken beilegen)
- 0 einer Kontaktanschrift
- 0 Hiermit abonniere ich "CHRIST UND SOZIALIST" ab
- 0 Ich beantrage hiermit die Mitgliedschaft im BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V.

Name und Anschrift:

.....

Jürgen Finnern

Jakob-Kaiser-Str. 4 a

.....

4800 Bielefeld 1

....., den

(Unterschrift)

.....

Autoren dieses Heftes

- Erika Adolphy, Dipl.-Päd., Hakenheider Weg 17a, 4817 Leopoldshöhe.
Hermann Daniel, Arbeiterpriester (kath.), Zeppelinstraße 14,
4600 Dortmund 18.
- Udo Fleige, Religionspäd. (ev.), Schwärzlocher Straße 62,
7400 Tübingen.
- Reinhard Gaede, Dr. theol., ev. Pfarrer, Laarer Straße 297,
4900 Herford.
- Siegfried Katterle, Dr. rer. pol., Prof. f. Wirtschaftspolitik, Dünenweg 13,
4800 Bielefeld 14.
- Klaus Kreppel, Dr. phil., Fachleiter f. kath. Religion, Beuthener Str. 4,
4800 Bielefeld 17.
- Maria Kühn-Ludewig, Tewaagstraße 6, 4600 Dortmund 1.
- Martina Ludwig, ev. Theologin, Meerhausener Str. 20, 5300 Bonn 3.
- Annette Muhr-Nelson und Michael Nelson, ev. Vikarin und Studienreferendar,
Westricher Straße 81, 4600 Dortmund 72.
- Arnold Pfeiffer, Dr. theol., ev. Pfarrer, Hauptstraße 11, 6580 Idar-Oberstein.
- Ulrich Schmid, Studienreferendar, Zur Gräfte 6, 4400 Münster.
- Bruno Schmidt-Späing, Dr. theol., ev. Pfarrer, Überrastraße 68,
4300 Essen 14.

